

Wohlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fernem:
Dass Brot und Arbeit uns gerettet seien,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
O. Herwegh.

Telephon Nr. 2325, 10.526 u. 10.542.

Der

EdelTonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn- Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bräuhausgasse 84.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-88
Ganzjährlich 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Nr. 30

Wien, den 20. Oktober 1913.

21. Jahrg.

Der gebremste Arbeiterschutz.

Ein Nachwort zur Berner Arbeiterschutzkonferenz.

Vor einigen Tagen ist in Bern die Konferenz für den internationalen Arbeiterschutz geschlossen worden, und man wird, wenn man deren Ergebnisse zusammenfasst, sich des Eindruckes nicht entziehen können, daß der sozialpolitische Fortschritt auf immer größere Hindernisse stößt. Die Konferenz setzte sich befaßlich aus Vertretern der Regierungen der verschiedenen Industriestaaten zusammen und sollte den Zweck haben, eine Verständigung aller beteiligten Staaten über die Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen und weiteren Reformen die Wege zu bahnen. So sehr auch immerhin schon auf Grund der Zusammensetzung dieser Körperschaft keine besonders tief einschneidende Pläne zu erwarten waren, so hätte man immerhin annehmen können, daß man sich schon mit Rücksicht auf den Ernst der Sache anschicken werden, die in den letzten Jahren ziemlich brach gelegene Sozialreform um ein Stück weiterzubringen. Das war man einmal schon der Offenlichkeit mit Rücksicht auf die eigene Reputation schuldig, und dann ist es auch gar nicht zu leugnen, daß der fortschreitende Kapitalismus eine immer größere Schutzbedürftigkeit gewisser Arbeiterschichten schafft.

Nach den Ergebnissen, die die Berner Konferenz gezeitigt hat, ist es jetzt klar, daß davon wohl die Unternehmer aller Länder so ziemlich hinreichend befriedigt sein werden, während die Arbeiterschaft wieder um eine Erfahrung reicher geworden ist. Schon das Programm, das sich die Konferenz gesetzt hatte, war ein durchaus recht bescheidenes. Als Grundlage für die Verhandlungen dienten nämlich auch diesmal, wie schon in früheren Jahren, Entwürfe und Anträge der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz, wobei über die bereits in den Jahren 1902 bis 1906 gestellten Forderungen nicht hinausgegangen wurde. Schon diese Tatsache ist bezeichnend für den fortschrittlichen Sinn, von dem die einzelnen Staatenvertreter befeelt waren, die doch wissen mußten, daß die Forderungen von damals durchaus nicht mehr den gegenwärtigen Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechen, weil sich aus der einfachen fortschreitenden industriellen Entwicklung seither verschiedene neue Gesichtspunkte auch für die Sozialreform ergaben. Behandelt wurde diesmal in Bern die Frage der Nachtarbeit und der Maximalarbeitszeit für Frauen und Jugendliche. Die Kommission der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz gelangte dabei zu folgenden Beschlüssen: Für Frauen ohne Unterschied des Alters und für Jugendliche bis zum 16. Jahre soll im Prinzip der Zehnstundentag gelten. Die Nachtarbeit soll ausnahmslos bis zum 16. Jahre im Prinzip verboten sein. Das sind auch die Beschlüsse, denen von der Konferenz zugestimmt wurde. Der Vorschlag der Vereinigung, der das ausnahmslose Verbot der Nachtarbeit sowie den Zehnstundentag auf die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt wissen wollte, wurde dagegen von den Vertretern der Staaten verworfen.

Das ist in der Tat mehr als bescheiden, was da verlangt wurde. Abgesehen davon, daß es sich um Vorschläge handelt, die eine internationale Anbahnung von bestimmten Reformen ermöglichen sollen, lagen auch den Vorschlägen Forderungen zugrunde, die anderwärts schon vielfach verwirklicht sind, ohne daß darunter die nationale Produktion irgendwie gelitten hätte. In Frankreich, England und den skandinavischen Ländern ist nämlich der Jugendschutz bis zum 18. Jahre durchgeführt. Dabei ist es bezeichnend, daß die Verhandlungen der Berner Arbeiterschutzkonferenz eigentlich hinter geschlossenen Türen stattfanden, so daß davon nur sehr wenig in die Öffentlichkeit drang, außer das, was für diese offenbar extra präpariert war. Man

fühlte also offenbar die Gründe, die man hatte, die Verhandlungen hübsch der Kontrolle durch die Kritik der Öffentlichkeit zu entziehen. Aber so viel steht fest, daß man dennoch weiß, daß es vor allem die Vertreter der Staaten Deutschland und Oesterreich waren, die sich gegen die genannten Vorschläge der Vereinigung wehrten, und sich dagegen warm für das Zustandekommen jener mehr als bescheidenen Beschlüsse einsetzten. Das ist natürlich vor allem bezeichnend für Oesterreich deshalb, weil ein solches Verhalten mit aller Schärfe dargetut, wie heuchlerisch und zweischlächtig man bei uns zu Werke geht, wenn man bei jedweder offiziellen Gelegenheit, die sich ergibt, den gesunden sozialpolitischen Sinn der Regierung zu erkennen gibt, und sich für Dinge zu erwärmen sucht, denen man in Wahrheit ärgster Feind und Gegner ist. Wenige Tage noch vor der Berner Konferenz tagte in Salzburg der Kongress für Arbeiterschutz, bei welchem die Regierung ziemlich ausgiebig durch ihre Organe vertreten war, die auch, wie immer bei solchen Gelegenheiten, die guten sozialpolitischen Absichten der Regierung betonten und in jeder Hinsicht von den sozialen Gewissen derselben erzählten. Aber so wenig diese offiziellen Beteuerungen daran hinderten, daß wenige Tage darauf im niederösterreichischen Landtag Herr v. Wienert sich dafür aussprach, daß Kinder bei landwirtschaftlichen Maschinen beschäftigt werden dürfen, so wenig auch waren die schönen Worte vom Schutze des menschlichen Nachwuchses, die am Salzburger Kinderschutzkongress verloren wurden, ein Grund dafür, daß die Vertreter der österreichischen Regierung am Berner Arbeiterschutzkongress nicht das gerade Gegenteil davon getan hätten, indem sie jede Erweiterung des Arbeiterschutzes rundweg ablehnten. Schöne Worte, die von Fortschritt und sozialen Phrasenschwulst nur so durchtränkt sind auf der einen, und entgegengesetzte Handlungen auf der anderen Seite, das ist so das Signum, durch das sich eben Oesterreich auszeichnet!

Im übrigen gab der Berner Arbeiterschutzkonferenz der schweizerische Bundesrat Schulthess das Abschiedsgeleit, wobei er ungewollt das richtige Wort fand, und sie als Arbeitertrübsal-Konferenz bezeichnete. „Auf Wiedersehen zur Fortsetzung des glücklich begonnenen Werkes!“ — das waren seine Schlußworte, die in allen Scharfmacherherzen den freudigsten Widerhall auslösen werden. Denn in Wahrheit hat die Konferenz gezeigt, daß die Sozialreform der bürgerlichen Parteien dort angelangt ist, wo sie die Scharfmacher hin haben wollten: Stillstand in der Sozialpolitik! Denn die Beschlüsse der Konferenz sind durchwegs von dem Interesse des Kapitals diktiert, das in seiner Profitmacherei so gut wie unbeschränkt bleibt. Was kümmert es heute unsere Staatsbureaucraten, daß hervorragende Ärzte und Hygieniker sich längst mit aller Schärfe gegen die Nachtarbeit und für einen erhöhten Schutz der Jugendlichen und Frauen ausgesprochen haben, wenn, wie dies heute längst der Fall, solche Wünsche gegen die Absichten der Herren Unternehmer verstoßen. So einleuchtend gerade heute jede Maßnahme unseren herrschenden Staatsmännern sein sollte, die die Kraft und Gesundheit der Menschen vor jedem Raubbau schützen, weil man gerade jetzt vor dem Geburtenrückgang als eine die Staatskraft aufzehrende Erscheinung bangt, so wenig ist indes von einer sozialen Einsicht zu hoffen, die auf staatlicher Seite durch vermehrten Schutz der Arbeitskraft dieses Uebel zu beseitigen trachtet. Die staatliche Bureaucratie wird heute immer mehr zur Willensvollstreckerin der kapitalistischen Wünsche und macht den Scharfmachern Mauer. So wird natürlich auch der Kampf der Arbeiterschaft um eine Erweiterung des Arbeiterschutzes immer schwieriger, und jeder neue Schritt nach vorwärts wird unter harten Widerständen erzwingen werden müssen!

Der VII. österreichische Gewerkschaftskongress.

Nach fünftägiger Dauer hat der VII. österreichische Gewerkschaftskongress seine Verhandlungen beendet, die diesmal überaus viel des Interessanten boten. Mit nicht zu verkennender Deutlichkeit ging aus den Referaten und Verhandlungen, insbesondere beim Punkt „Parlament und Arbeiterschutz“, die für die weitere Taktik des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes als Richtschnur dienende Tatsache hervor, daß wir an einer Periode des sozialpolitischen Stillstandes angelangt sind. Die Zeit, während welcher die Gewerkschaften der Arbeiter ihre Konsolidierung durchmachten und ihre Erfolge eroberten, hat eben auch die Unternehmer nur noch mehr mit ihrem Massenbewußtsein erfüllt und sie zu energischer Organisationsarbeit erzogen, auf Grund deren heute der Widerstand gegen alle gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen immer größer wird. Dieser Widerstand, der sich in allen Verhandlungen und Beschlüssen der verschiedenen Unternehmertagungen offenbart, findet nebenbei die werktätige Unterstützung durch die Organe der Regierung und der staatlichen Bureaucratie, die allen Wünschen der Scharfmacher wohlwollend und direkt fördernd gegenübersteht. Als deutlicher Beweis dafür muß nicht nur die Haltung der österreichischen Regierung am letzten Internationalen Arbeiterschutzkongress in Bern angesehen werden, dafür verdient wohl der Vorgang, der sich auf dem im vorigen Monat in Luffig abgehaltenen Industriellentag abspielte, noch ganz besondere Erwähnung. Nachdem doch der frühere Sektionschef und bisherige Leiter der Industriesektion im Handelsministerium Brosche, der nunmehr Präsident des Industriellenverbandes ist, gegen den „antikapitalistischen Geist, der in unserem Abgeordnetenhaus herrscht“, gewettert hatte, erklärte der als Regierungsvertreter anwesende Ministerialrat v. Kreuzbruck ganz offen, „er werde die Schule und die Tradition, die er unter der persönlichen Leitung des Herrn Brosche kennen zu lernen Gelegenheit hatte, auch weiterhin pflegen und hochhalten“. Unter solchen Umständen und bei den engen Beziehungen, die die Regierung mit den Scharfmachern und Ausbeutern unterhält, ist es also hinreichend begreiflich, daß nicht nur jeder Versuch zu weiteren sozialpolitischen Fortschritten auf doppeltem Widerstand stößt, sondern daß auch das Bestreben immer erkennbarer wird, die bestehenden Arbeiterschutzvorschriften einzuengen und zu durchlöchern, wie das beispielsweise in der letzten Zeit gerade im staatlichen Eisenbahnbetrieb immer mehr geschieht.

Es muß also wohl von der österreichischen Arbeiterschaft freudig begrüßt werden, daß sich gerade mit diesen Erscheinungen der Kongress am ausführlichsten und eingehendsten beschäftigt hat, die in ihrer Art zeigen, daß der Klassenkampf, den das Proletariat zu führen hat, immer schärfer und heftiger wird. In seinen Resolutionsbeschlüssen hat der Kongress zu erkennen gegeben, daß insbesondere gegen die Absichten der Regierung, die Arbeiterschutzbestimmungen zu verschlechtern und der sozialpolitischen Reaktion den Weg zu ebnen, mit denen diese den privaten Unternehmern vorangeht, die schärfste Protestbewegung ins Werk gesetzt werden soll. Mit dem Beschluß, daß innerhalb der Reichsgewerkschaftskommission eine eigene Sektion für Arbeiterschutz eingesetzt werden soll, hat der Kongress zugleich bekundet, daß den Fragen des praktischen Arbeiterschutzes eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden

hoff, was um so notwendiger ist, seitdem, wie der letzte Berner Arbeiterschuttkongress bewiesen hat, die von den Regierungen eingeschickten internationalen Kommissionen immer mehr zu einer bloßen Farce werden. So laden die Beschlüsse des Kongresses zu neuer Arbeit, die mit neuen Kämpfen und erbitterten Widerständen zu rechnen haben wird, ein. Die Massen des Proletariats werden die Feinde, deren immer mehr werden, zu besiegen wissen, wie sie sich bisher den Weg zu bahnen wußten zu schönen und stolzen Erfolgen!

Im nachstehenden der auszugswiese Verhandlungsbericht:

Im freilich geschmückten großen Saal des Arbeiterheims Favoriten trat am 6. d. M. der Gewerkschaftskongress zusammen, auf dem über 428.000 organisierte Arbeiter, davon 50.416 weibliche, vertreten waren. Von den Mitgliedern der Gewerkschaften waren 322.000 Deutsche, 77.000 Tschechen, 20.000 Polen, 9000 Italiener, 6000 Slowenen und 1000 Ruthenen. Der Kongress war besucht von 430 Delegierten. Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sind Genosse Begien (Berlin) und Genossin Hanna (Berlin) erschienen, für die ungarischen Gewerkschaften Rothstein (Budapest), für die bosnischen Kaufher (Sarajevo), für die kroatischen Gewerkschaften Bukseg (Agram) und für die bulgarischen Gewerkschaften die Genossen Dimitrow und Gantschew.

Genosse Helmut Beer eröffnete den Kongress und begrüßte die auswärtigen Delegierten, insbesondere wies er auf die Anwesenheit der bulgarischen Delegierten hin, die zum erstenmal an einem österreichischen Gewerkschaftskongress teilnehmen. Er zieht einen Vergleich zwischen heute und dem ersten Gewerkschaftskongress, der vor 20 Jahren getagt hat und damals noch über viele Dinge im unklaren war, und gibt seiner großen Freude Ausdruck über die Beschickung dieses Kongresses, die zahlreicher ist als je zuvor. Dann gebietet er der vielen Taten der letzten Jahre, darunter der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silberer, Schuhmeier, Schlinger und Riese sowie in ergreifenden Worten August Bebel.

Zu Vorkitzenden wurden gewählt: Beer (Wien), Schäfer (Meichenberg), Zura (Wünn) und Zulawski (Kremlau). Es folgen des weiteren die Begrüßungsansprachen. — Begien (Deutschland) verweist darauf, daß die Arbeiterbewegung, und insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, in Österreich und Deutschland eng miteinander verknüpft sind. Auch in den Widerständen haben unsere Bewegungen eine gewisse Ähnlichkeit. Regierung und Unternehmer stehen uns gegenüber, und der noch viel schlimmere Widerstand, den wir in der Arbeiterschaft selbst finden, die Uneinigkeit, ist uns ein Hindernis. Wir in Deutschland haben die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen als Gegner. Sie in Österreich die Separatisten. Unsere Christlichen sind geschaffen worden, um unsere Organisationen zu bekämpfen. Glücklicherweise ist dieses Beginnen abgeschlagen worden. Ihr Kampf gegen die Separatisten ist deshalb so schwer, weil diese als Sozialdemokraten auftreten. Aber genau so, wie wir mit unseren Christen fertig geworden sind, genau so werden Sie die Hemmungen des Separatismus überwinden. Es ist eine Kinderkrankheit, wie die Arbeiterbewegung viele hat durchmachen müssen, aber auch diese Kinderkrankheit wird genau so überwunden werden wie die anderen Kinderkrankheiten unserer Bewegung. (Stürmischer Beifall.)

Gantschew spricht namens der bulgarischen Gewerkschaften. Unser kleines Land hat unter dem verbrecherischen Krieg, der volle elf Monate auf dem Balkan gewütet hat, furchtbar gelitten und hat der Arbeiterschaft schwere Wunden geschlagen. Wenn wir vor dem Krieg ungefähr 8000 Mitglieder hatten, so waren wir nach ihm auf kleine Gruppen reduziert. Der zweite Krieg, den Bulgarien gegen seine sogenannten Verbündeten führen mußte, hat unserer Organisation sozusagen den letzten Mann entzogen. Es blieben nur die wenigen weiblichen und jugendlichen Mitglieder übrig. Alle Funktionäre

waren im Krieg, in Sofia war nur der Letzte noch uns, der alte Blagojew, zurückgeblieben. In der kurzen Zeit seit dem Krieg aber haben wir fast die Hälfte unserer Mitglieder wiedergewonnen, aber in der nächsten Zeit werden wir, da das ganze Wirtschaftsleben gelähmt ist, den Kampf nur politisch führen können; aber auch als Gewerkschaften werden wir für die Förderung der gesamten Balkansozialdemokratie kämpfen: für die föderative Balkanpolitik. (Lebhafte Beifall.) Der Redner sprach dann den Dank der bulgarischen Genossen aus für die moralische und materielle Hilfe, die sie in Oesterreich gefunden haben. Es folgten dann noch Begrüßungsansprachen von Kaufher (Sarajevo) und Rothstein (Budapest).

Dann begrüßte Genosse Dr. Adler den Kongress namens der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, Dazahnski namens der polnischen Partei.

Hierauf erstattete Sekretär Hueber den Bericht der Gewerkschaftskommission. Er konstatiert, daß die Hemmungen, die durch den Separatismus eingetreten sind, jetzt überwunden seien und daß alle Gewerkschaften daran seien, rüstig zu arbeiten und weiter zu bauen. Da der Kongress ein Jubiläumskongress ist, gibt er einen Überblick über die Tätigkeit der Gewerkschaften in den letzten zwanzig Jahren, wobei er sich insbesondere der vor einigen Jahren geschaffenen Einrichtung des Solidaritätsfonds zuwendet. Dieser Fonds, der schon eine wesentliche Höhe erreicht hat, hat den Unternehmern Respekt eingebläht und sie, die im Jahre 1913, wo viele Tarifverträge ablaufen, glaubten, den Gewerkschaften eine Schlappe liefern zu können, schließen mit einem für sie nicht erfreulichen Erfolg ab: sie mußten nachgeben. Vor den 15 Millionen Kronen in den Kassen der österreichischen Gewerkschaften haben sie Respekt! In den letzten drei Jahren hat der Kassenstand um je eine Million zugenommen. In der anschließenden Debatte über den Bericht der Kommission wurden Einzelheiten aus ihrer Tätigkeit besprochen.

Es folgte das Referat des Genossen Grünwald: Jugendorganisation.

Er bespricht die Jugendabteilungen in den Gewerkschaften und erklärt, daß diese den Bedürfnissen der Jugend nicht genügen können, weil die Jugend noch andere Anregungen suche, als ihnen dort geboten werden können. Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften stellen also noch nicht die letzte Form der Jugendorganisation dar und das freie Auftreten und Bestehen der freien Jugendorganisation in Deutschland und des Verbandes jugendlicher Arbeiter in Oesterreich beweisen, daß in der Arbeiterjugend ein starkes Bedürfnis nach solchen speziellen Organisationen besteht. Es wurde darauf eine Resolution angenommen, die zum Kampf gegen die bürgerliche Jugendverführung durch konsequente Aufklärung und Erziehung der arbeitenden Jugend im proletarischen Sinne auffordert.

Ueber die Tätigkeit des I. I. Arbeitsstatistischen Amtes

referierte Abgeordneter Müller (Wien; Eisenbahner): Der Arbeitsrat, der dem Arbeitsstatistischen Amt angegliedert ist, besteht aus 48 Mitgliedern, und zwar 12 Arbeitern, 12 Unternehmern, 12 höheren Wissenschaftlern und 12 Staatsbeamten. Wir können also seine Tätigkeit immer kontrollieren und er hat auch so manches wertvolle sozialpolitische Gutachten abgegeben, aber die Regierung legt den Arbeitern dieses von ihr selbst ins Leben gerufenen Beirats infolge des zunehmenden Einflusses der Schachtmacher geringeren Wert bei. Sie läßt seine Gutachten im Papierkorb ruhen und gibt ihnen bei ihrer Mitarbeit an der Gesetzgebung oder bei ihrer Tätigkeit auf dem Verwaltungsweg keine Folge. Dazu kommt noch, daß die Regierung ihre Vorlagen jetzt nicht nur der Begutachtung des Arbeitsrats, sondern auch zwei anderen Beiräten unterbreitet: dem von Arbeiterbetreibern völlig freien Industrierrat und dem ebenso beschaffenen Gewerberat.

Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit war der nächste Gegenstand der Tagesordnung. Abgeordneter Smitta (Wien) legte als Referent die Greuel der Heimarbeit in Oesterreich dar. In anderen Ländern, in Deutschland, Frankreich, besonders aber in Australien und England

hat man Heimarbeitergesetze geschaffen oder wenigstens umfangreiche Vorarbeiten dafür geleistet. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Arbeitsrates haben auch einen vollenbets Entwurf ausgearbeitet und der Arbeitsrat hat auch sonst mancherlei Material zu einem Gesetz über die Heimarbeit geliefert, die Regierung will aber den Gesetzentwurf nicht vorlegen! — In der hierauf einstimmig angenommenen Resolution werden als Grundbedürfnisse für ein wirksames Heimarbeitgesetz gefordert: Festsetzung rechtsverbindlicher Minimallohne und sonstiger Arbeitsbedingungen durch paritätische Heimarbeiterräte; strenge Vorschriften über die Arbeitsstätten in der Heimarbeit; Verbot der Heimarbeit in Räumlichkeiten, in welchen sich Personen mit ansteckenden Krankheiten aufhalten und Vernichtung aller unter Uebertretung dieses Verbots hergestellten Waren auf Kosten des Unternehmers; Verbot erwerbsmäßiger Kinderarbeit; Heimarbeitsinspektoren aus Arbeiterkreisen; genaue Listenführung der Unternehmer über die Heimarbeiter und Zwischenmeister und regelmäßige Zusendung dieser Listen an den Gewerbeinspektor und an die Krankenkasse; Verbot der Ausgabe von Arbeit außer dem Haus durch Zwischenpersonen; Lohnbücher und Rundmachung der Lohnlisten; Kranken- und Unfallversicherung für die Heimarbeiter; volle Beitragsleistung des Hauptunternehmers für die Heimarbeiter und Stückmeister; Lohnstufenzwang; Möglichkeit der Ausdehnung eines in der Heimarbeit abgeschlossenen Kollektivarbeitsvertrages auf sämtliche in Betracht kommende Unternehmen durch Beschluß der Kommissionen und endlich Sicherung der Einhaltung des Gesetzes durch Androhung wirksamer Strafen. Als Pflicht aller Gewerkschaften wird erklärt, der Organisierung der Heimarbeiter besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um auch auf diesem Wege die ungeheuren Mißstände in der Heimarbeit beseitigen zu helfen und womöglich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Dann folgte das Referat des Genossen Ganusch über den Punkt: Parlament und Arbeiterschutz.

Wir werden diese überaus interessante Rede noch nachtragen.

Der Referent beantragte folgende Resolution:

Der Gewerkschaftskongress stellt fest, daß das Parlament seit dem letzten Gewerkschaftskongress auf dem Gebiet der Sozialpolitik so gut wie nichts geleistet hat. Schuld an dieser Stagnation ist die passive Resistenz der Regierung, die Obstruktion der bürgerlichen Parteien und die traffe Arbeiterfeindschaft des Herrenhauses. Beherrscht von den egoistischen Interessen der bestehenden Klasse machen die bürgerlichen Parteien und das Herrenhaus jeden Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet unmöglich, indem sie die von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Anträge brutal niederstimmen.

Der Kongress protestiert auf das schärfste gegen die unverantwortliche Verschleppung des Sozialversicherungsgesetzes und aller übrigen vom Sozialdemokratischen Verband eingebrachten Gesetzentwürfe, welche zur Verbesserung der sozialen Stellung und zur Erhaltung der Gesundheit des arbeitenden Volkes dienen.

Der Kongress protestiert gegen das System der Regierung, die Arbeiterklasse mit einigen nichtsagenden Verordnungen abspesen zu wollen, während sie auf dem Gebiet der Gesetzgebung jede Initiative vermissen läßt.

Der Kongress wiederholt und erneuert die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse und fordert zugleich vom Parlament und von der Regierung die rascheste Durchführung dieser Forderungen.

In der Debatte sprach noch für die Eisenbahner Abgeordneter Genosse Müller.

Er führte aus:

Wenn wir auch alle empört darüber sind, daß seit zwanzig Jahren oft auf sozialpolitischem Gebiet ein Stillstand eingetreten ist, so muß ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß eine große Berufsschicht besteht, die noch gar keinen gesetzlichen Arbeiterschutz hat. Es sind das die Eisenbahner. Die Paragrafen, die über die Unterklasse, über die Dienstzeit und über die Ruhezeit u. s. w. bei den Eisenbahnern bestehen,

Feuilleton.

Die Bagdabbahn.

Der Balkankrieg, der mehrere europäische Großstaaten zum Löschlagen gerückt gegenübersehen sah, scheint wenigstens eine erfreuliche Folge nach sich zu ziehen: die Annäherung Deutschlands und Englands. Zum Teil als Folge, zum größeren Teil als Ursache dieser Verständigung ist die Beilegung der Differenzen zwischen beiden Staaten über die Bagdabbahn anzusehen. Damit ist wenigstens vorläufig ein Konfliktstoff beseitigt, der die politische Spannung zwischen England und Deutschland in den letzten Jahren wesentlich verschärft hatte.

Die Konzession für den Bau der Bagdabbahn war ursprünglich der Anatolischen Eisenbahngesellschaft übertragen worden. Diese seit 1889 bestehende Gesellschaft betrieb zunächst eine Linie von Konstantinopel über Eski Schcher nach Angora in Kleinasien (Anatolien). Seit 1893 hat sie die Konzession für den Betrieb einer zweiten Strecke von Eski Schcher nach Konia übertragen erhalten. Diese nach dem Südosten Anatoliens verlaufende Bahn, die 1896 eröffnet wurde, sollte nach einem weiteren Vertrag der Gesellschaft mit der Türkei ihre Verlängerung nach dem Gebiet des Euphrat und Tigris, dem alten Mesopotamien, finden. In einer Konvention vom März 1903 wurde der Anatolischen Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt, die Konzession für diese Strecke auf eine neu zu gründende Gesellschaft (Société Impériale Ottomane du Chemin de fer de Bagdad), die Bagdad-Eisenbahngesellschaft, zu übertragen. Die Pläne über den Bau begegneten aber sofort dem Widerstand Russlands und vor allem Englands, deren Interessen in Mittelasien durch den Bahnbau wesentlich berührt wurden. Russland befürchtete eine Gefährdung seines Einflusses in Persien; England mehrte sich gegen einen Einfall deutscher Kapitalinteressen in seine Nachbarküste in Syrien und Indien. So forderte England, daß die Strecke zwischen Konia und dem Quellengebiet des Euphrat, am Golf von Persien, möglichst nahe an das Mitteländische Meer herangeführt würde, damit es diese Strecke durch seine Flotte militärisch kontrollieren könne. Hauptsächlich wehrte es sich aber gegen den Bahnbau im Gebiet des persischen Golfes zwischen Bagdad und dem Meer. Ein Angebot der Gesellschaft, sich an der Bagdabbahn oder an der südlichen Strecke zu beteiligen, wurde von England abgelehnt. Es wollte die Verbindung Indiens mit dem Mitteländischen Meer (Kleinasien) auf dem Eisenbahnweg überhaupt nicht. Neben deutschen Reisenden hatten auch Engländer das Gebiet der alten Babylonier und Assyrer erforscht und eigene Bahnbauten geplant, denen nun eine

deutsche Kapitalistengruppe unter Führung der Deutschen Bank zugekommen war. Daß gerade deutsche Kapitalisten die Konzession für den Bahnbau erhielten, war eine Folge der deutsch-türkischen Freundschaft. Die Türkei war an dem Bahnbau interessiert, um ihre asiatischen Provinzen in engere Verbindung mit dem europäischen Festland zu bringen und sie militärisch und steuerlich besser ausnutzen zu können. Die mit der Existenz der Bahn notwendig verbundene größere Ruhe und Sicherheit in den entfernten Provinzen würde die Eingehung der Steuern erleichtern und die Bahn die Bewegung der Truppen nach Europa oder an die persische Grenze erleichtern. Gerade die militärischen Möglichkeiten ließen dem Interesse Englands entgegen, das daher am Golf von Persien gegenüber dem englischen Cypren die Bahnstrecke in den Bereich eigener militärischer Operationen zu ziehen versuchte. Für Deutschland lag bei dem Bahnbau zunächst kein besonderes politisches Interesse vor; vielleicht abgesehen von der utopistischen und durch die letzten Ereignisse völlig ad absurdum geführten Idee, durch eine Stärkung der Türkei England in Ägypten und am Persischen Golf zu schwächen. Der vor längeren Jahren vielfach diskutierten Plan, in Anatolien und Mesopotamien — deutsche Bauern anzusiedeln, war schon vor 1900 gänzlich aufgegeben worden, wenn er auch noch später zur Diskreditierung des ganzen Planes in England ernsthaft kolportiert wurde. Das Interesse Deutschlands bestand also in nichts anderem als in dem einiger Bank- und Industriellenkreise, die durch den Bahnbau, die damit notwendig werdenden kulturellen Aufschließungsarbeiten (Bewässerungsanlagen, Hafenanbauten) und den zu erwartenden Absatz wirtschaftlicher Güter zu profitieren hofften. Für das Bankkapital hat der Bagdabbahnbau — trotzdem er erst bis zum oberen Euphrat vollendet ist — bereits reichlichen Profit eingetragen.

Sobald der Bahnbau durch englischen Widerspruch gehemmt wurde, war es nur zu natürlich, daß die beteiligten deutschen Kapitalisten ihre privaten Profitangelegenheiten zu politischen, nationalen umzuwerten suchten. Durch eine äußerst geschickte Reklame, die, wie das in neuerer Zeit üblich geworden, auch die Person des Kaisers dazu benutzte, ist das nur zu gut gelungen und ein großer Teil der Spannung zwischen Deutschland einerseits und England und Russland andererseits ist eine Folge dieser Bestrebungen. Die Kapitalinteressen der Deutschen Bank in der asiatischen Türkei haben den Ritt für die Tripelentente geliefert!

Mit Russland kam Deutschland im Potsdamer Abkommen von 1911 glücklicherweise zu einer Verständigung. Deutschland erklärt darin ausdrücklich — zum Vergleiche der alldeutschen Hecker — daß es mit dem Bahnbau keinerlei politische Absichten verfolge. Dafür verpflichtete sich Russland, dem Bahnbau nicht hinderlich in den Weg zu treten. Die Folge dieses Abkommens

war die Konzessionierung einer Zweigstrecke nach Alexandrette am Golf von Persien. Damit ist eine direkte Verbindung der neu zu erschließenden Gebiete mit dem Mitteländischen Meer erreicht worden, die von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Es ist natürlich rentabler, Waren auf dem Bahnweg aus dem nördlichen fruchtbaren Mesopotamien nach Alexandrette und von dort zu Schiff nach Europa zu schaffen, als sie den ganzen Bahnweg bis zum Persischen Golf passieren zu lassen und dann über den Indischen Ozean, durch das Rote Meer und den Suezkanal nach Europa zu befördern.

Seit 1911 schweben auch die Verhandlungen mit England über den Bau der Strecke südlich von Bagdad. Damals dachte man daran, diesen Teil der Bahn einer neu zu bildenden Gesellschaft mit internationaler Kapitalbeteiligung zu übertragen. Durch die Niederlage der Türkei hat sich für England die Situation so gebessert, daß es den deutschen Kapitalisten nicht erwartete Zugeständnisse machen konnte. Sobald man über die noch nicht ganz abgeschlossenen Verhandlungen erfahren kann, überläßt England der deutschen Bagdabbahngesellschaft den Bau der Strecke südlich von Bagdad am Euphrat entlang bis Basra. Dieser Ort liegt am Schat el Arab, dem bereinigten Euphrat und Tigris, nur noch 80 Kilometer vom Persischen Golf entfernt. Nach einzelnen Pressemeldungen wird auch die Endstrecke von Basra bis Koweit, dem Hafen am Golf, der Gesellschaft überlassen werden, während nach anderen Mitteilungen die Bahn in Basra enden soll. Für seine Zugeständnisse erhält England zwei Vertreter englischer Zunge im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Ferner werden ihm besondere Vorzugsrechte für die Schifffahrt auf dem Euphrat, Tigris und Schat el Arab bestätigt, beziehungsweise eingeräumt. Schließlich wird die Interessensphäre Englands am Persischen Golf ausdrücklich von der Türkei anerkannt — der für England wichtigste Erfolg. Schon seit langem hatte sich England durch Verträge mit dem Scheich von Koweit einen Einfluß auf dieses Gebiet gesichert. Da die Verträge aber vom Sultan als dem Schutzherrn des Scheichs nicht anerkannt waren, blieben Englands Interessen rechtlich zweifelhaft. Jetzt begnügt sich die Türkei nur noch mit einer rein formalen Oberhoheit über Koweit. Die Türkei erhält für ihre Nachgiebigkeit die bei ihrer Finanzlage so bringende Erlaubnis, die Zölle erhöhen zu können, welches Recht ihr durch frühere Anleihebedingungen beschnitten war. Ein Teil der neuen Zölle wird als Zinsen dienst für die Bagdabanleihen Verwendung finden und damit auch der Bahnbau beschleunigt werden.

Abgesehen von den wichtigen politischen Folgen haben somit die neuesten Verhandlungen die wichtige Bahnverbindung zwischen Europa und Indien endgültig gesichert. Mit ganz unbedeutenden Lücken von ein paar Duzend Kilometern ist heute bereits die Strecke von Konstantinopel bis zum oberen

wurden von den Arbeitgebern gemacht und überwacht und immer nur in jenem Maße, als es im kapitalistischen Interesse lag.

Wohl besteht auch bei den Eisenbahnern so eine Art von Gewerbeinspektion, die Generalinspektion. Aber sie wird von den Unternehmern ernannt. Man kann sich vorstellen, wie der Arbeiterschutz aussieht, wenn das bisherige Sozialpolitik, das von den Unternehmern geboten wird, auch noch von ihren Instanzen überwacht wird. Es ist in unserer Praxis noch nie vorgekommen, daß bei seinen Besuchen ein Generalinspektor zu den Eisenbahnern hingetreten wäre und an sie die Frage gerichtet hätte: Wie ist eure Arbeitszeit, wie schauen eure Unterkünfte aus, wie ist es mit der persönlichen Sicherheit? Wir haben die Generalinspektion wiederholt aufgefordert, ihre Pflicht zu tun und jene Unzulänglichkeiten, die sie auftraten, abzustellen. Es ist zu wundern, daß nicht die Öffentlichkeit selbst verlangt, daß man endlich eine ernsthafte Aufsicht über den Arbeiterschutz bei den Eisenbahnern gebe. Denn von der Einhaltung des Arbeiterschutzes bei den Eisenbahnern hängt zum großen Teil die Sicherheit der Eisenbahnreisen ab. Bei den Privatbahnen hätte das Aufsichtsrecht das Eisenbahnministerium auszuüben. Unsere Organisation hat nun seit längerer Zeit mit der Aufgipfelung der Eisenbahn einen ernstlichen Kampf. Wir haben ihn bis zu den obersten Instanzen geführt und der Oberste Gerichtshof hat entschieden, daß einige gegen die Bediensteten gerichtete Bestimmungen des Statuts unmoralisch und daher ungültig seien. Man sollte meinen, daß nach dieser Entscheidung des Obersten Gerichtshofes das Eisenbahnministerium eingreifen werde, damit diese ungültigen und unmoralischen Bestimmungen aus dem Statut hinauskommen. Der Eisenbahnminister Forster war zwar in Teplitz, aber schon im Bahnhof wurde er vom Eisenbahndirektor empfangen und weggeführt. Der Eisenbahnminister war Gast des Direktors und beim Mahle ist der Obmann der deutsch-jelben Organisation aufgetreten und hat seiner Freude Ausdruck gegeben über das gute Verhältnis, das bei der Aufgipfelung der Eisenbahn zwischen den Bediensteten und der Direktion bestehe. Darauf hat der Eisenbahnminister Forster erwidert, er verheißt schon, daß bei der Aufgipfelung ein so schönes Verhältnis bestehe; sie habe eben einen so einsichtsvollen und humanen Direktor!

Wie sieht es mit der sanitären Vorkehrung für die Eisenbahner? Die Lebernachtsräume inspiziert kein Mensch und niemand schafft die vielen Liebelände dort ab. In Franzensfeste ist eine Kaserne mit achtundzwanzig Betten, die täglich von sechzig Menschen belegt werden, so daß die Betten niemals kalt werden. Nur alle vierzehn Tage wird die Wäsche gewechselt. Die sanitären Gefahren, die daraus entstehen, brauche ich nicht auseinanderzusetzen, und diese grenzenlose Schlamerei muß hier charakterisiert werden. In einer solchen Kaserne in Selzthal ist das Waschbecken gebrochen. Achtzehn Monate hat der Vorstand petitioniert, daß ein neues Waschbecken angeschafft werde; erst nach achtundzwanzig Monaten ist es gekommen. (Hört! Hört!) Die Eisenbahner haben Institutionen, in denen ihnen das Wahlrecht zusteht. In die Leitung der Betriebskrankenkasse können sie zwei Drittel der Mitglieder wählen. Sie können reden und Anträge stellen, aber in letzter Linie hat das Entscheidungsrecht das Ministerium; der Beschluß, der ihm nicht paßt, wird einfach kassiert. Was bedeutet dann dieses Wahlrecht? Das Eisenbahnministerium allein hat auch zu entscheiden, ob der Gegenstand je wieder auf die Tagesordnung kommt.

Wie wenig das Eisenbahnministerium die Rechte der Eisenbahner will, geht auch aus folgendem hervor: Vor fünfzehn Jahren trat das neue Gewerbegerichtsgesetz in Kraft. Es zählt die Eisenbahner unter denjenigen auf, für die es gilt; aber Gewerbegerichte bestehen unter den Eisenbahnern bis heute nicht, trotz den Mahnungen, die wir stets erhoben haben. Die Eisenbahner haben im Jahre 1903 erreicht, daß der durchschnittliche Achtstundentag für die gefährlichsten Arbeiten, für das Verschub- und Zugpersonal eingeführt wurde. Wir haben diese Zulassung schriftlich bekommen und in der Zeit des Kampfes hat die Regierung erklärt, sie werde diese Arbeitszeit nicht zu verschlechtern suchen, sondern trachten, sie auch auf die übrigen Kategorien des Personals auszudehnen. Am 6. Sep-

tember 1913 aber veröffentlichte das Ministerium einen Erlass, in dem den Direktionen aufgetragen wird, daß sie am 1. Mai 1914 den Achtstundentag für diese wichtigsten Gruppen zu begraben haben. (Hört! Hört!) Eisenbahner sind nicht nur Schutz der Eisenbahner, sondern auch Schutz der ganzen Bevölkerung, und es muß hier auf das schärfste verurteilt werden, daß das Ministerium zu der Scharfmacherei stößt, die vertriebt Rechte der Arbeiter anzutreten unternehmen. Ist lesen Sie, daß nach Eisenbahnunfällen — aus Fahrlässigkeit oder Leichtsinn kommen solche in Oesterreich nicht vor — Eisenbahner angeklagt werden, daß aber, wenn ein solcher Eisenbahner dem Richter die Schwierigkeiten, unter denen er zu arbeiten hat, und die lange Arbeitszeit schildert, der Richter den Mann freispricht. Hundertmal wurden schon Regierung und Bahnverwaltung auf diese Weise verurteilt. Wir müssen entschieden dagegen protestieren, daß das Ministerium einen Vertrag brechen will. Es kommt uns vor, als ob man provozieren wollte, um neue Kämpfe herauszubekommen. Redner beantragt folgende Resolution:

Protestresolution.

Im Jahre 1908 erhielt das Eisenbahnerpersonal nach harten Kämpfen mit ihren Verwaltungen das schriftliche Zugeständnis, daß die damals bestehenden Arbeitszeitverhältnisse, insbesondere der beim gesamten Exekutivpersonal bestehende Durchschnittsachtstundentag nicht verschlechtert wird, im Gegenteil weitere Verbesserungen der Arbeitszeit auch bei den übrigen Bediensteten eintreten werden.

In der Tat wurde dieses Zugeständnis durchgeführt. Seitdem aber das Ressort des Eisenbahnministeriums dem derzeitigen Minister anvertraut ist, wurde nichts unversucht gelassen, dieses Zugeständnis aus der Welt zu schaffen.

Zum Entsetzen des gesamten Personals hat das Eisenbahnministerium nach mehrfachen arderweitigen Verschlechterungsmahnen in seinem Amtsblatt, Stück 42, Zirk. 126 vom 6. September l. J. allen Direktionen den Auftrag erteilt, daß am 1. Mai 1914 die bestehenden besseren Arbeitszeiten durchwegs verschlechtert werden sollen und insbesondere der Durchschnittsachtstundentag beseitigt wird.

Der Kongreß protestiert mit aller Entschiedenheit dagegen, daß dieser Verursacher ein Recht, welches sie in schweren Kämpfen erungen hat, im administrativen Wege geraubt werde und sich damit das Eisenbahnministerium an die Spitze der vertragsbrüchigen Scharfmacher stellt.

Sodann referierte Abgeordneter Genosse Dr. Renner über die

Zoll- und Handelsverträge.

An der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte und mit einem reichen statistischen Material wies er nach, welche enorme Schädigung die gesamte österreichische Industrie, die wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, alle an ihrem Fortschreiten interessierten Völkerschichten, alle Konjumenten, und insbesondere die Arbeiterklasse, durch die Hochzollpolitik erfahren haben. Der Gewerkschaftskongreß als die oberste Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen und Interessen des organisierten proletariats sei berufen, der Arbeiterklasse das Stichwort zu geben für den schweren Kampf, in den sie nun einzutreten hat, wenn 1917, bei der Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge, mit dem von den Agrariern und Kartellwühleren empfohlenen verberblichen System gebrochen und eine Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden soll, die geeignet ist, die lange zurückgehaltene wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs sich endlich entfalten zu lassen und den breiten Massen der Arbeiter, Kleinbürger, Staatsdiener und kleinen Beamten ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. — Wir werden das Referat gleichfalls noch nachtragen.

Genosse Renner unterbreitet dem Kongreß eine ausführliche Resolution, in der zunächst festgestellt wird, daß die Kriegsgefahr und die sofort nach dem Friedensschluß eingetretene Wirtschaftskrise nach der vorausgegangenen vielfährigen Teuerung durch Unterernährung, Arbeitslosigkeit, Aufhebung aller Spargroschen und Auswanderung hochqualifizierter Arbeiter eine wahre Verheerung der Volkskraft und des Volksvermögens bewirkt haben. Die letzten Ursachen dieser Krise sind die durch den Zolltarif von 1902 hervorgerufene Steigerung aller Lebensmittelpreise, die durch ihn begünstigte Kartellierung der schweren Industrien, die seitherige frivole Handelsvertragspolitik, die Oesterreich die Balkanländer entfremdet und insbesondere Serbien mit zum Kriege gedrängt hat, und vor allem unsere auswärtige Politik, die ohne Notigung und ohne den Schatten eines Erfolges Oesterreich vom ganzen Balkan wirtschaftlich ausgeschaltet und dort nichts ergibt hat als die Verachtung unseres Namens und die Achtung unserer Arbeitsprodukte! Die Vertretung der Industriellen hat angesichts dieser unverantwortlichen Verführung von Milliarden österreichischen Volksvermögens bei einer schwächlichen Beurteilung ohne jede praktische Konsequenz beruhigt, der Kongreß aber fordert das Parlament auf, die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen. Die bisherige verfehlte Wirtschafts- und Handelspolitik von 1906 darf nicht fortgesetzt werden. Ueber alle Gegenstände hinweg appelliert der Kongreß an die Unternehmer, nicht so sehr an ihr politisches Verständnis und ihre soziale Einsicht, sondern bloß an ihr lautmännliches und industrielles Interesse.

Die Lebensmittelpreise verteuern die Lebenskosten der Arbeiter und zwingen ihnen Lohnkämpfe auf. Rohstoffzölle und die durch die Kartelle restlos ausgenützten Zugszölle der schweren Industrie verteuern den verarbeitenden Industrien die Materialien und erhöhen ihre Produktionskosten. Die hohen Lebensmittelpreise zehren allein das Einkommen der Massen auf und lassen ihnen nichts übrig für Industrieerzeugnisse, sie untergraben also den inneren Markt der Industrie. Die hohen Produktionskosten erzwingen hohe Verkaufspreise und machen die Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig. Vergebens suchen die Erzeuger von Halb- und Ganzfabrikaten diese Nachteile durch Kompensationszölle auszugleichen.

Unser Zollsystem unterbindet die industrielle Entwicklung, sie hindert uns, neue Märkte zu erschließen, während unsere Handelsvertrags- und insbesondere unsere Veterinärpolitik uns die alten Märkte versperrt. Die Unternehmerrchaft aber unterläßt jede Abwehr und gibt sich eine untaugliche, halb zünftlerische, halb agrarische politische Vertretung (den Deutschen Nationalverband), welche den Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik verständnislos gegenübersteht und das Parlament des allgemeinen Stimmrechts durch kleinliche Quertreibereien zur Karikatur einer Volksvertretung macht. Die Befürwortung ist berechtigt, daß das industrielle Bürgertum auch vor 1917 wieder verjagen und den ihm gebührenden Einfluß auf die Staatspolitik nicht zur Geltung bringen wird, obwohl die industriellen Massen heute den Staat erhalten, die Arbeiter durch die indirekten, die Unternehmer durch die direkten Steuern. Es ist das Los der österreichischen Arbeiterklasse, erst alle Voraussetzungen des bürgerlichen Staates erkämpfen zu müssen, denn Oesterreichs industrielle Opfer die wirtschaftliche Zukunft der Bahngier der Feudalagrarier.

Die österreichische Arbeiterklasse fühlt die volle Verantwortung für die Entwicklung zum Industriestaat, ohne die Land und Volk berarmen und der Staat finanziell und kulturell verelenden müssen, sie erwartet jedoch, daß auch alle anderen

industriellen Schichten von nun an bis 1917 ihre Pflicht tun, damit dem Industriestaat zum Siege verholken werde.

Im Namen der österreichischen Arbeiterklassen fordert der Gewerkschaftskongreß die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, mit aller Macht zum Entscheidungskampfe des Jahres 1917 zu rufen und unter Wahrung des prinzipiellen, vom Kongreß gebilligten Standpunktes der Verkehrs- und Handelsfreiheit zwischen allen Staaten der Welt jede Maßregel zu unterstützen und jedes Mittel zu ergreifen, wodurch der allgemeine Abbau des Hochzollsystems eingeleitet und beschleunigt, insbesondere aber die Zölle auf Lebensmittel, die Rohstoffe und Kartellzölle beseitigt und die Politik freier Handelsverträge zum Durchbruch gebracht werden können.

Nach der hierauf abgeführten Debatte wurde die Wahl der Gewerkschaftskommission vorgenommen und der Kongreß durch referierende Schlussreden der Genossen Beer und Hueber geschlossen.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurden folgende Anträge angenommen:

1. Der Gewerkschaftskongreß schließt sich der Auffassung der Reichsgewerkschaftskommission, wonach sich die Gewerkschaft der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beschluß außerhalb der Gesamtorganisation gestellt hat, an.

Der Kongreß beschließt weiter, der Gewerkschaft der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen freizustellen, unter Einhaltung der Beschlüsse der Reichskonferenz vom 17. März 1911 die Wiederaufnahme anzuhängen.

2. Die als Sekretäre oder Vertrauensmänner der Reichskommission fungierenden Genossen und Genossinnen haben das Recht, allen Sitzungen und Versammlungen der lokalen Gewerkschaftsorganisationen mit beratender Stimme beizuwohnen. Zu diesem Zweck sind die Sekretäre und die Vertrauensmänner zu sämtlichen Sitzungen der Ortsgruppen, Zahlstellen und lokalen Gewerkschaftsverbände einzuladen.

3. Der Gewerkschaftskongreß erkennt die Notwendigkeit der Land- und Forstarbeiterorganisation an und fordert die Gewerkschaften auf, den Verband der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in der Organisation zu unterstützen und den Ausbau der Forstarbeiterorganisation zu fördern.

4. Die Reichsgewerkschaftskommission wird aufgefordert, einen Entwurf über die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen auszuarbeiten, in welchem besonders darauf Bedacht genommen werden soll, daß die Anzahl der Delegiertenmandate dadurch reduziert erscheint, indem die Mindestanzahl der auf einen Delegierten entfallenden Mitglieder erhöht wird.

Der Gewerkschaftskongreß ermächtigt die Gewerkschaftskommission, diesen Entwurf einer vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß einzuberufenden Reichskonferenz vorzulegen. Dieser Reichskonferenz wird ausdrücklich die Ermächtigung zur rechtsgültigen Beschlussfassung über den Vorschlag der Reichsgewerkschaftskommission erteilt.

5. Die Gewerkschaftskommission wird ersucht, für die Durchführung der fünfjährigen Wahlen (nach dem Muster der bezüglichen, für die Gewerkschaftskommission Deutschlands geltenden Bestimmungen) neue Vorschriften auszuarbeiten. Diese Wahlvorschriften sind dem nächsten Gewerkschaftskongreß zur Beschlussfassung vorzulegen und nach ihrer Genehmigung sofort bei den Wahlen für die nächstfolgende Funktionsperiode zur Anwendung zu bringen.

Die separatistischen Organisationen betreffend hat der Kongreß folgenden Beschluß gefaßt:

Der siebente Gewerkschaftskongreß macht es den der Reichsgewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralorganisationen zur Pflicht, beim Uebertritt von Mitgliedern separatistischer Organisationen die Anrechnung von bereits erreichten Mitgliedsrechten aller Art abzuweichen. Ausgenommen sind natürlich hiebei die Mitgliedsrechte jener Mitglieder, die vor dem Beitritt zur separatistischen Organisation einer Zentralorganisation angehört und innerhalb der statutarisch zulässigen Schuldbungsfrist zu dieser wieder zurückgekehrt sind.

Die provisorischen Zugsbegleiter der 1. k. Staatsbahn in Triest.

Der größte Teil der hiesigen nicht angestellten Zugsbegleiter hat die Anwartschaft auf die Ernennung zu Hilfskonduktoren und die darauf folgende definitive Anstellung. Auf Grund eines Zugeständnisses der Bahnverwaltung aus dem Kampffahre 1905 sollten Ernennung und Anstellung nach zwei im Fahrdienst zugebrachten Jahren erfolgt sein. In der ersten Zeit wurde dieses Zugeständnis wirklich durchgeführt. Seit 1909 hielt sich die Verwaltung mehr an ihr im Jahre 1905 gegebenes Versprechen. Durch unseren Vertreter, den Genossen Reichsratsabgeordneten Tomšik, genötigt, trat das Eisenbahnministerium endlich aus seiner Reserve heraus und erklärte offen, daß auf Grund der geltenden Bestimmungen die Ernennung zum Hilfskonduktor nach sechs im Fahrdienst zugebrachten Jahren erfolgen könne, nicht müsse, sondern nur könne! Durch die Verlängerung der Wartefrist von zwei Jahren auf sechs Jahre und durch das folaliche Hinausschieben der definitiven Anstellung um mindestens vier Jahre sind die provisorischen Zugsbegleiter, abgesehen von sonstigen, sehr wichtigen Schädigungen innerhalb dieser vier Jahre um nicht weniger als um volle 1240 Kr. geschädigt; in diese Summe sind aber die Dienstkleider nicht mit einbezogen. Durch folgende Daten wollen wir die Schädigung zahlenmäßig feststellen: Unser Grundlohn beträgt Kr. 280; Taglohnverhütung gibt es für uns keine. Wir beziehen täglich 20 S. Zulage. Unser tägliches Einkommen beläuft sich, von Stundengeldern abgesehen, auf 3 Kr.; in einem Jahre macht das das 365fache, das sind 1095 Kr. aus. Die ständigen Bezüge eines angestellten Zugsbegleiters belaufen sich im ersten und ebenso im zweiten Jahre nach der Anstellung auf 900 Kr. Gehalt, 90 Kr. Karstzulage, 280 Kr. Quartiergeld und 80 Kr. Quartiergeldzulage, also auf insgesamt 1350 Kr. Zwei Jahre nach der Anstellung rückt der Zugsbegleiter von der Gehaltstufe von 900 Kr. in die von 1000 Kr. vor. Es erhöht sich im dritten und vierten Jahre nach der Anstellung das Einkommen um 100 Kr. und ebenso die 10prozentige Karstzulage zum Gehalt um 10 Kr. Im dritten und vierten Jahre nach der Anstellung setzt sich das fixe Einkommen folgendermaßen zusammen: 1000 Kronen Gehalt, 100 Kr. Karstzulage, 280 Kr. Quartier-

geld und 80 Kr. Quartiergeldzulage. Das ständige Einkommen beträgt jetzt 1460 Kr.

Rehmen wir nun an, ein provisorischer Zugbegleiter sei mit 1. Jänner 1910 zum Fahrdienst gekommen. Auf Grund des Zugzuständnisses des Jahres 1905 hätte er nach zwei Jahren, mit 1. Jänner 1912, ernannt und angestellt sein müssen. Auf Grund der geltenden Bestimmung muß er aber noch weitere vier Jahre auf die Ernennung und folglich auch mindestens weitere vier Jahre auf die Anstellung warten. Wäre er mit 1. Jänner 1912 angestellt worden, dann hätte er an ständigem Einkommen im Jahre 1912 1350 Kr. bezogen; da dies nicht der Fall war, erhielt er bloß die Jahreslohnsumme von 1095 Kr. Der Unterschied zwischen 1350 Kronen und 1095 Kr. beträgt 255 Kr. Somit ist der Provisorische im Jahre 1912 um 255 Kr. geschädigt gewesen. Er ist auch mit 1. Jänner 1913 nicht angestellt worden; er ist auch während dieses Jahres um 255 Kr. geschädigt. Aber auch mit 1. Jänner 1914 wird er nach der Erklärung des Eisenbahnministeriums nicht einmal ernannt, geschweige denn angestellt sein. Wäre er, wie es ihm auf Grund des Zugzuständnisses vom Jahre 1905 gebührt, mit 1. Jänner 1912 angestellt worden, dann müßte er mit 1. Jänner 1914 in die Gehaltsstufe von 1000 Kr. vorrücken, wodurch seine Karlsruhulage um 10 Kr. erhöht würde. Er würde somit im Jahre 1914 an fixem Einkommen 1460 Kr. verdienen. So wird aber sein Lohn-einkommen auch im Jahre 1914 immer noch nur 1095 Kr. betragen. Er wird im Jahre 1914 um den Unterschied zwischen 1460 Kr. und 1095 Kr., also um 365 Kr., geschädigt sein.

Selbst mit 1. Jänner 1915 wird der Provisorische nicht angestellt sein. Er wird auch im Jahre 1915 eine Schädigung von 365 Kr. erleiden. Erst mit 1. Jänner 1916 wird der provisorische Zugbegleiter zum Ausfühlskondukteur ernannt. Bei dieser Gelegenheit wird sein Taglohn um 20 S. vermindert. Ob der betreffende Zugbegleiter im selben Jahre auch angestellt wird, wissen wir nicht. Es würde dies wohl den Abmachungen aus dem Jahre 1905 entsprechen; aber für uns Eisenbahner kehren nun mittelalterliche Unsitten wieder. Wir leben mitten im Zeitalter des Faustrechtes. Weil wir Eisenbahner national zerstückelt sind, ist das Eisenbahnministerium der Stärkere, und wir Eisenbahner bekommen nun seine Faustschläge zu spüren. Zwar wäre es unser im Jahre 1905 erkämpftes Recht, daß wir im Jahre der Ernennung auch angestellt würden. Aber wir leben eben in der Zeit der Rechtsunsicherheit. Jeder Ministerialerlaß ist ein Beweis, daß die Bahnverwaltung daran geht, von unseren erkämpften Rechten Stück für Stück zu rauben. So wissen wir wohl nicht, ob sich die Bahnverwaltung begnügen wird, uns durch zwei Jahre hindurch je 255 Kr., zusammen 510 Kr., gelinde gesagt, genommen zu haben, oder ob sich die Bahnverwaltung wird einfallen lassen, uns nach der Ernennung mit dem um 20 S. verminderten Taglohn, mit Kr. 2-80, noch ein, zwei oder gar drei Jahre auf die Anstellung warten zu lassen, um uns um weitere Hunderte von Kronen zu bringen.

Wir sind durch die Verlängerung der Wartezeit von zwei Jahren auf sechs Jahre um insgesamt 510 Kr. geschädigt, das heißt wir erleiden durch 24 Monate hindurch Monat für Monat einen Schaden von Kr. 21-50, durch volle zwei Jahre Tag für Tag einen Schaden von 70 S. Durch weitere zwei Jahre sind wir geschädigt um insgesamt 730 Kr.; das heißt wir verlieren durch weitere 24 Monate Monat für Monat die erhebliche Summe von Kr. 30-42, was durch zwei Jahre hindurch einen täglichen Verlust von 1 Kr. bedeutet.

Bis zum 1. Jänner 1907 setzte sich der Jahresverdienst aus fixen Bezügen eines Dieners im ersten Jahre nach der Anstellung zusammen aus 800 Kr. Gehalt und 240 Kr. Quartiergeld. Das fixe Einkommen betrug also im ersten Jahre nach der Anstellung 1040 Kr.

Heute setzt sich das fixe Einkommen eines Dieners im ersten Jahre nach seiner Anstellung zusammen aus: 900 Kr. Gehalt, 90 Kr. Karlsruhulage, 280 Kr. Quartiergeld, 80 Kr. Quartiergeldzulage; zusammen 1350 Kr. Die Erhöhung des Einkommens aus fixen Bezügen beträgt dem Jahre 1907 gegenüber im ersten Jahre nach der Anstellung den Unterschied zwischen 1350 Kr. und 1040 Kr., das sind 310 Kr. Wenn heute jemand in der Dienergruppe C angestellt wird, bezieht er im ersten Jahre nach seiner Anstellung um 310 Kr. mehr als jemand, dessen Anstellung im Jahre 1907 erfolgte. Diese 310 Kr. Einkommenserhöhung rühren von der Anfangsgehälterhöhung von 800 Kr. auf 900 Kr. (seit 1. Jänner 1909) her; ferner von der Gewährung der 10 Prozent Karlsruhulage (ab 1. Mai 1908), von der Quartiergeld-erhöhung um 40 Kr. (ab 1. Jänner 1909) und von der Quartiergeldzulage von 80 Kr. (ab 1. Jänner 1912).

Durch die Verlängerung der Wartezeit behufs Ernennung und Anstellung von zwei auf mindestens sechs Jahre werden die Provisorischen während der vier Jahre um 1240 Kr. geschädigt, durchschnittlich jährlich um Kr. 313-33. Wodurch entsteht diese Schädigung?

Wäre das Einkommen eines Dieners im ersten Jahre nach seiner Anstellung 1040 Kr. hoch, wie bis inklusive 1907, würde die Verlängerung der Wartezeit behufs Ernennung und Anstellung um vier Jahre für diese Zeit für den Arbeiter im Fahrdienst keine Schädigung bedeuten, weil seine Jahreslohnsumme heute 1095 Kronen beträgt. Weil aber das fixe Einkommen eines Dieners der Gruppe C im ersten Jahre nach seiner Anstellung durch die Errungenchaften der vorangegangenen Jahre von 1040 Kr. auf 1350 Kr., hiemit um 310 Kr. angewachsen ist, bedeutet schon die Verlängerung der Wartezeit um vier Jahre einen durchschnittlichen Verlust von Kr. 313-33 jährlich für diese Zeit. Indem die Bahnverwaltung den provisorischen Zugbegleiter durch vier Jahre hindurch um Kr. 313-33 jährlich schädigt, erspart sie sich an jedem Provisorischen durch vier Jahre die Zugzuständnisse der früheren Jahre, erspart sie sich die Erhöhung des Anfangsgehältes, die Quartiergelderhöhung, die Quartiergeldzulage, die Karlsruhulage. Genau genommen erspart sie sich durch die Verlängerung der Wartezeit noch mehr. Denn die angeführten Zugzuständnisse der Jahre 1908, 1909, 1912 verursachen eine Erhöhung des Einkommens um 310 Kr. im ersten Jahre nach der Anstellung. Durch die Verlängerung der Wartezeit behufs Ernennung erspart sich aber die Verwaltung

bei jedem provisorischen Zugbegleiter durch vier Jahre hindurch jedes Jahr Kr. 313-33. Es werden demnach noch andere Zugzuständnisse in Mitleidenschaft gezogen. Im Triester Direktionsbezirk gibt es 108 angestellte Zugbegleiter weniger als Posten normiert sind. Bei einem provisorischen Zugbegleiter erspart sich die Bahnverwaltung innerhalb vier Jahre 1240 Kr. Bei 108 Mann macht das innerhalb vier Jahre 108 mal 1240 Kr., das ist 133.920 Kronen aus; natürlich alles auf Kosten der Erhöhung des Anfangsgehältes von 800 Kr. auf 900 Kr., auf Kosten der Quartiergelderhöhung, auf Kosten der Karlsruhulage, der Quartiergeldzulage u. s. w. Die eben angeführten Zugzuständnisse sind gemacht worden, um die bis zu den Jahren 1908, 1909 und 1911 durch die Teuerung unerträglich gewordene Not einigermaßen zu lindern. Seit den Jahren 1908 und 1911 hat aber die Teuerung nicht haltgemacht. Seit dieser Zeit sind die Lebensmittel, Kleider, Schuhe und sonstige Gebrauchsgegenstände und insbesondere die Wohnungen noch teurer geworden. Aber die Bahnverwaltung nimmt in dieser Zeit steigender Preise die Aufbesserungen, die bestimmt gewesen sind, die Not, welche durch die Teuerung bis zu den Jahren 1908 und 1911 entstanden ist, zu bekämpfen, weg. Während die Teuerung zunimmt, nimmt die Bahnverwaltung bei den provisorischen Zugbegleitern Maßnahmen vor, welcher einer Lohnreduzierung von 70 S., beziehungsweise 1 Kr. täglich gleichkommen. Wenn heute die provisorischen Zugbegleiter in massenhaft besuchten Versammlungen die Abschaffung der Bestimmung verlangen, auf Grund welcher die Ernennung und folglich die Anstellung um mindestens vier Jahre hinausgeschoben wurde, wenn sie das Inkrafttreten des Zugzuständnisses des Jahres 1905 fordern, daß Ernennung und Anstellung nach zwei im Fahrdienst zugebrachten Jahren zu erfolgen haben, so fordern sie die etwas hohe Lohnreduzierung von 70 S., beziehungsweise 1 Kr. täglich. Aber es sind dies keine neuen Forderungen, sondern es handelt sich darum, die Bahnverwaltung zu zwingen, die den Zugbegleitern bereits in den vorher genannten Jahren gemachten Zugzuständnisse durchzuführen.

In den Jahren 1905 und 1908 waren wir der angreifende, die Bahnverwaltung der angegriffene Teil, der sich unseres Ansturmes nur durch Durchschiebung von den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Aufbesserungen erwehren konnte. Heute ist es umgekehrt. Heute sind wir die Angegriffenen, die Bahnverwaltung der angreifende Teil. Angriff auf Angriff erfolgt von seiten des Eisenbahnministeriums auf unsere in schwerem Kampfe erworbenen Rechte. Erst wenn die Bahnverwaltung ein in einer Organisation zu einem Ganzen gefügtes, ruhiges, klar und nüchtern denkendes, ein zielbewusstes, gewerkschaftlich und politisch reifes Personal kampfschlüssig vor sich sehen wird, wird sie sich herbeilassen, die bereits durchgeführten Verschlechterungen zurückzunehmen, die weiteren geplanten Verschlechterungen fallen zu lassen und die den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechenden Forderungen des Personals durchzuführen.

Wiener Stadtbahnleiden.

Von der Teufelskammer Karlsplatz.

Schon seit Jahren bemühen sich die Blockwächter der Station Karlsplatz, unter menschenwürdigen Bedingungen ihre Arbeit verrichten zu können, aber bisher immer ohne Erfolg. Zwar hat die k. k. Direktion Wien nicht den Mut, zu erklären, daß die Blockwächter dieser Station ohnehin unter normalen Bedingungen ihren Dienst verrichten; das bringt selbst das profituntertänigste Direktionsorgan nicht zustande, und so geht die Direktion denn her und erklärt: „Die Blockwächter haben ja recht: die Blockhütte, in welcher die Blockwächter den Dienst verrichten, und die dazugehörige Umgebung sind ja ein Stück Herrensessel, aber trotzdem, geändert wird nichts.“ Oder doch, geändert wurde schließlich ja doch etwas; es sind nicht mehr nur einige bestimmte Bedienstete dazu verurteilt, die Blockhütte der Station Karlsplatz als ihren idealen Lebensaufenthalt zu erklären, sondern es müssen die Bediensteten anderer Stationen mit ihnen abwechseln. So bestimmt es die Direktion in dem Bewußtsein, daß es ein einzelner Mensch einfach nicht aushalten würde, in den Hütten unausgesetzt Dienst zu verrichten. Und damit, daß diese Abwechslung von der Direktion angeordnet wurde, ist der beste Beweis erbracht, daß die Direktion längst schon weiß, daß die Zustände mit den Hütten unhaltbar sind.

Will man sich vergegenwärtigen, wie so ein Blockwächter für sich und seine Familie sein Brot verdient, so stelle man sich einen Tunnel vor und in dem Tunnel die Blockhütte. Kein Tageslicht, kein belebender Sonnenstrahl, alles ist hier nur Rauch und Dunst, Dunst und Rauch und dazu Qualm und Atem raubender Stidluftgestank. Wer in diesem Raum längere Zeit verweilt, findet es für unmöglich, daß hier Menschen haufen können, es aushalten können, zwölfstündigen Dienst zu leisten. Man murmelt etwas von der Macht der Gewohnheit und blickt dann unsicher und ein wenig verwirrt auf die Ueberreste von Apfel- und Zitronenschalen und auf Zunderpapierln, die in der Hütte zu finden sind und die dafür Zeugnis zu geben scheinen, daß so ein Blockwächter ja eigentlich ein ganz reizendes, süßes Leben da verbringt. Aber bald klärt uns der Blockwächter auf. „Das müssen wir haben für unsere Rehlen.“ sagt er, „sonst hielten wir es nicht aus; der eine hilft sich so, der andere so, aber haben müssen wir jeder etwas, denn der Rauch- und Schwefelgestank im Tunnel trocknet uns die Schleimhäute aus, daß es sticht und brennt, zum Wahnsinnigwerden, und so helfen wir denn nach, so gut es geht!“

„Wie wäre eine radikale Abhilfe möglich?“ fragt man den Blockwächter.

„Ganz einfach,“ sagt er, „die Hütte muß aus dem Tunnel hinaus; anderes gibt es nicht. Wir sind 30 Meter im Tunnel, weit genug, um uns dem Verderben zu überliefern. Wenn wir die Hütte 15 Meter vor dem Tunnel hinstellen, sind die Blockwächter mit der Diensthütte im Freien und können Atem schöpfen.“

Und dann zeigt er uns den Platz, wo die Hütte hingestellt werden könnte. Und es geht wirklich. Knapp

hinter dem Warteraum der Passagiere könnte die Hütte hingestellt werden, dann wäre sie außerhalb des Tunnels, und der auch von der Direktion Wien längst anerkannte Nebelstand, hervorgerufen durch das Blacieren der Hütte im Tunnel, wäre behoben.

Erstaunt fragt man: „Ja, in des Teufels Namen, warum verlegt die Direktion die Hütte denn nicht, wenn sie doch selber schon jahrelang weiß, daß die Situation unhaltbar ist?“

Und darauf bekommt man vom Blockwächter die kurze Antwort: „Kein Geld, sagt sie.“

Und dann erzählt uns der Blockwächter, um zu beweisen, wie unhaltbar die Zustände sind, verschiedene Details: Die Firma Zonka hat die Traverfen gestrichen, daß sie nicht rostig werden. Für den Anstrich sind fünf Jahre Garantie. So lange soll er halten. Aber jetzt, nach kaum einem halben Jahre, fällt der Anstrich ab, und der Stationsdiener zeigt ganze Tafeln des Anstrichs her, die sich an den Traverfen abschälen und zu Boden fallen, die Traverfen dem Verrotten überlassend. „Denn dem Qualm und den ägenden Kohlenoxyden im Tunnel hält eben gar nichts stand.“ So erklärt der Blockwächter. Dann weiter: die Beamten, die zu den Blockwächtern kommen sollen, ziehen es vor, mit den Blockwächtern lieber in keine Berührung zu kommen, da es in dem finsternen Tunnel nicht geheimer ist, sich vorwärts zu tappen. Einer ist einmal hingefallen, ein anderer hat in dem mit Rauch und Qualm angefüllten finsternen Tunnel die Richtung zur Hütte verfehlt und ist über die Steinfassung hinab auf das Geleise gefallen, glücklicherweise in einem Moment, in welchem kein Zug durch den Tunnel qualmte. Ein Beamter der Generalinspektion hätte einmal wegen der vielen Beschwerden die Blockwächter inspizieren sollen. Er drang glücklich bis zur Hütte vor, dann aber war es ihm zu viel: „Psui, da stinkt!“ rief er und suchte eiligst wieder davonzukommen.

Dann macht uns der Blockwächter mit den Details der Hütte bekannt. Recht arbeitsgebrängt sieht das alles aus; Apparat steht an Apparat, und wenn Luft in der Hütte wäre, ein Abort in der Nähe, eine Gas- oder Spiritusheizung und Waschorrichtungen vorhanden wären, so daß die Blockwächter sich auch im Sommer das Essen wärmen und sich reinigen könnten, so wäre so eine Hütte trotz allem zu ertragen; aber so kann man allen Magenkranken, Kehlkopf- und Darmleidenden, wenn sie etwa rasch einen Nachweis brauchen, krank zu sein, nur empfehlen, sich einige Zeit in einer dieser Hütten aufzuhalten, und die Erkrankung kommt prompt. Schreiber dieses hat es erfahren. Einige Worte muß man noch der Abortvorrichtung widmen, die in der Hütte vorhanden ist. Die Notdurft verrichten, ist so einem Blockwächter einfach unmöglich, und so wurde ihm ein Leibstuhl in die Hütte gestellt. Der entspricht so seinem Zweck, daß die Blockwächter in Ermangelung eines Besseren — einen Waschapparat daraus gemacht haben! Wer da etwa glaubt, daß das der Einfall eines nichtsnutzigen Wischboldes sei, der irrt. Die Sache ist die: benützt der Blockwächter den Leibstuhl, so können die Exkremente erst in der Nacht, nach Schluß des Verkehrs, entleert werden. So lange das Publikum auf dem Perron ist, ist das unmöglich, da das Gefäß durch das Publikum hindurch, über den Perron hinauf, in die Station getragen werden müßte. Das geht nicht. Andererseits würde das Aufbewahren der Exkremente den ganzen Tag über den Aufenthalt in der Hütte noch ekelhafter machen, und so blieb schließlich nichts anderes übrig, als den Leibstuhl im dunklen Tunnel zu entleeren. Das bejorgt der praktische Blockwächter aber direkt viel besser und gewinnt damit eine — Waschorrichtung!

Nun werden wohl alle, die das lesen, wenn sie in die Tunnel der Station Karlsplatz einfahren, eine Vorstellung davon haben, unter welchen Bedingungen Menschen dort gezwungen sind, um ihre Existenz zu ringen.

Der Direktion Wien aber muß zugerufen werden, sie soll doch endlich einmal die Blockhütten aus den Tunneln heraus verlegen; zu warten, bis die Stadtbahn elektrifiziert wird, das dauert den Blockwächtern zu lange. Die Kosten scheinen im Vergleich mit dem, was die Blockhütten heute für Kosten verursachen, die bei der Verlegung für immer wegfallen würden, nicht allzu hoch zu sein. Und wenn sie es auch wären, das spielt keine Rolle. Die Stadtbahn war so unflug, die Blockhütte in die Tunnel einzubauen und muß nun auch die Folgen dieser Unflugheit tragen. Außerdem muß aber die Direktion unbedingt auch für die Erbauung eines Klosetts unten bei den Geleiseanlagen vorzorgen. Heute ist der Blockwächter, wenn er aus der Hütte eilt, schon im Tunnel. Ist die Hütte aus dem Tunnel draußen, muß der Blockwächter weiter laufen, und bei den geringen Zugunterbrechungen leidet die Abfertigung der Züge und schließlich wieder der Blockwächter, der wegen Verzögerung der Zugabfertigung bestraft wird. Das kann so nicht weitergehen. Auch die Stationsdiener brauchen einen Abort. Einen solchen zu bauen, ist leicht möglich, und darum soll auch bei jedem Tunnel einer gebaut werden. Gerade mit den Blockhütten aus den Tunneln, Anbringen eines Aborts, Ausgestaltung der Blockhütte mit einer Waschorrichtung und einem Spiritus- oder Gaslocher; das sind die dringendsten sanitären Vorkehrungen, die die Direktion Wien in der Station Karlsplatz jetzt vornehmen muß!

Verhandlungen des VIII. internationalen Transportarbeiterkongresses.

Abgehalten zu London am 26. August 1913 und den folgenden Tagen.

(Schluß.)

Die rechtliche Stellung der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsbetrieben.

Referent Genosse Tomshil (Wien): Die Frage ist in der Hauptsache durch den Kongreß in Kopenhagen und das ausgezeichnete schriftliche Referat Brunners erledigt. Demals ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Die Gesetzgebung fast aller Länder und Staaten hat, um die angebliche Streitgefahr von den Betrieben der Eisen-

bahrt, der Licht- und Wasserberfordern und von den sonstigen öffentlichen und gemeinnützigen Betrieben fernzubehalten, seit Jahren eine Tendenz verfolgt, die erkennen läßt, daß die gesetzlichen Maßnahmen der Regierungen darauf gerichtet sind, den Arbeitern und Bediensteten der Eisenbahnen und aller sonstigen öffentlichen und gemeinnützigen Betriebe die Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen unmöglich zu machen. Der Kongreß beurteilt entschieden diese Maßnahmen und erklärt, daß die Einschränkung oder gänzliche Entziehung des Vereinigungs- und Streikrechtes der in staatlichen und gemeinnützigen Betrieben tätigen Arbeiter und Bediensteten ungerecht und nicht geeignet ist, den Streik unter allen Umständen von den Betrieben fernzubehalten. Die beste Gewähr für die Fernhaltung von Streiks und ähnlicher Kampfmittel erblickt der Kongreß in der gesetzlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, die in dem Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren berechtigten Ausdruck findet, und in der Freiheit der Betätigung jeder politischen Überzeugung. Der Kongreß erachtet es als die Pflicht aller in Frage kommenden Organisationen, dahin zu wirken, daß den Organisationen der Eisenbahner u. s. w. das Recht der Mitbestimmung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt und ihnen gesetzliche Anerkennung garantiert wird. Gleichzeitig empfiehlt er, nur der politischen Partei Sympathie und Unterstützung zuzuwenden, die dafür die Garantie bietet, daß ihre Vertreter im Parlament gegen Entrechtung der Arbeiterklasse votieren.

Die Bestrebungen der Regierungen sind hauptsächlich darauf gerichtet, den Eisenbahner das Koalitionsrecht zu entziehen. Man bemäntelt diese Absichten mit der Ausrede, daß die passive Resistenz eine unmoralische Sache sei, höchst gefährlich für das gesamte Staatswesen, und deshalb unter allen Umständen unterdrückt werden müsse. Ja, es gibt Gelehrte, die in ihrer Unterstützung der Regierungen so weit gehen, daß sie die passive Resistenz zur Sabotage rechnen. Dagegen müssen wir uns entschieden verwahren. Wir Oesterreicher berufen uns auf passiver Resistenz lediglich die Einhaltung der Anweisungen, die wegen der Gefährlichkeit des Betriebes für Passagiere und Angestellte erlassen sind. In der Einhaltung dieser Anweisungen kann unmöglich eine Einschränkung und Behinderung des Verkehrs gesehen werden. Aus Sparsucht richten nur viele Gewerkschaften ihren Betrieb so ein, daß sie von ihren Bediensteten mehr verlangen, als die Anweisungen vorschreiben. Die Bediensteten müssen also die Anweisungen überschreiten, um den Verkehr aufrechtzuerhalten, selbst auf die Gefahr hin, ihre gedachten Glieder einzubüßen. Stellen dann die Bediensteten an die Verwaltung Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage, und kommt ihnen diese nicht entgegen, so haben sie das moralische Recht zu sagen, wenn du mir nicht gibst, was mir gebührt, so bin ich nicht verpflichtet, mehr zu leisten, als die Anweisung vorschreibt. Der Verwaltung ist die passive Resistenz sehr unangenehm. Ihnen ist es viel lieber, wenn das Verkehrspersonal zum Streik schreitet, um dann bei vollständiger Unterbindung des Verkehrs auf die Staatsgefährlichkeit der Bewegung hinweisen zu können. So sehen wir, daß den Parlamenten in Frankreich, Italien und auch bei uns Vorlagen zugehen, um den Eisenbahner dieses Kampfmittel wegzunehmen. In Oesterreich ist ein neuer Strafgesetzbuch vorgelegt worden, der die passive Resistenz mit ein paar Jahren Kerker bestrafen will. Der Entwurf ist noch nicht Gesetz und wir bekämpfen ihn entschieden. Alle tüchtigen Arbeiterorganisationen müssen solidarisch gegen solche Versuche auftreten.

Gefährlich für das Koalitionsrecht sind aber nicht nur die Pläne der Regierung, sondern auch jeder Streik, jede passive Resistenz, die in unvernünftiger Weise eingeleitet wird und zur Niederlage führt. Alle solche Dinge, wie Sabotage und dergleichen, versagen völlig, und ermöglichen nur der Regierung, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Deshalb müssen unsere Organisationen streng darauf sehen, erst alle friedlichen Mittel für ihre Forderungen in Bewegung zu setzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nedner beurteilt dann die Haltung der Organisation des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals in der Frage des Koalitionsrechtes. Der Vorstand dieses süddeutschen Verbandes hat es für gut befunden, sich in einem Schreiben an die bayrische Regierung gegen das Koalitionsrecht für seine Mitglieder und gegen den Anschluß der einzelnen Gruppen an die Gewerkschaftsartikelle und an die S. L. B. zu erklären. Genügt hat es freilich nichts und der Regierung nur die Möglichkeit gegeben, sich auf diese Erklärung zu berufen, um zu beweisen, daß die Eisenbahner das Koalitionsrecht selber nicht verlangen.

Auch mit dem Staatsarbeiterrecht, das die selben verlangen, wird nichts gewonnen. Die Eisenbahner müssen mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch fühlen und sich den Gewerkschaftsverbänden anschließen. Dann stehen sie nicht allein und auch die Arbeiterschaft weiß dann, daß sie das Verkehrspersonal für sich hat.

Alle Sympathiestreiks beurteilen wir entschieden. Durch sie wird die gesamte Öffentlichkeit in Mitleidenschaft gezogen und sie sind immer ein gefährliches Experiment. Den holländischen Eisenbahner hat der Sympathiestreik ihre ganze Organisation gekostet. (Lebhafte Zustimmung.)

Nedner schlägt hierauf folgende Resolution vor:

Der VIII. internationale Transportarbeiterkongreß in London hält die Kopenhagener Resolution vollständig aufrecht und unterstützt sie. Er erklärt ausdrücklich, daß das Koalitionsrecht der Eisenbahner u. s. w. am besten gewahrt wird, wenn die in Betracht kommenden Organisationen sich vollständig ihrer Pflicht bewusst sind gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung und ihren Klassengenossen und Arbeitskollegen gegenüber. Der Kongreß beurteilt im Interesse des Koalitionsrechtes jede unüberlegte und nicht genügend vorbereitete Ausgrenzung von Streiks und Bewegungen, die gewöhnlich mit einer Niederlage endigen und die Organisationen im Lande und den übrigen Ländern schwer schädigen. Ferner beurteilt der Kongreß die Haltung des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals in der Frage des Koalitionsrechtes und des Anschlusses an andere Fachorganisationen (Gewerkschaftsartikelle) als eine Schädigung der Interessen der eigenen Mitglieder und der Berufskollegen in anderen Ländern. Ebenso bewirkt der Kongreß die Bestrebungen nach einem eigenen Staatsarbeiterrecht unter Verzicht auf das Koalitionsrecht als eine Schädigung der Interessen der Staatsarbeiter.

Genosse Brunner (Berlin): Unseren italienischen Freunden ist ein Irrtum unterlaufen in der Frage des Koalitionsrechtes der Eisenbahner. Auch die Eisenbahner haben in Deutschland das Koalitionsrecht. Aber es wird ihnen durch Verwaltungsmaßnahmen genommen. Trotzdem bestehen bedeutende Eisenbahnerorganisationen. Sie stehen uns zum großen Teil fern. Dafür sorgen die Verwaltungsmaßnahmen. Alle deutschen Staatsarbeiter stehen in einem Dienstvertrag, der ihnen das Streikrecht nimmt und ihnen verbietet, sich an sozialdemokratischen Bestrebungen zu beteiligen. Seit Kopenhagen sind wir in dieser Hinsicht nicht vorwärts gekommen, sondern haben Rückschritte gemacht, die zum Teil leider auf die Haltung der Kollegen einzelner Länder zurückzuführen sind. Wir haben in Kopenhagen eine Resolution angenommen, wonach die Eisenbahner nur dann zum Streik schreiten sollen, wenn alle anderen Mittel, besonders auch die parlamentarischen, erschöpft sind. Gleich nach Kopenhagen aber ist der französische Eisenbahnerstreik ausgebrochen, ohne daß alle friedlichen Mittel versucht worden wären. Mit der Annahme von Resolutionen dürfen wir uns nicht begnügen, wir müssen auch für ihre Durchführung sorgen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch im Entwurf eines neuen Deutschen Strafgesetzbuches finden sich Bestim-

mungen, die nicht nur das Streikrecht, sondern auch das Koalitionsrecht für die Eisenbahner u. s. w. beschränken wollen. Auch in Kanada ist das Gesetz verschärft worden. Bei allen diesen Maßnahmen berufen sich die Regierungen darauf, daß besonders die Eisenbahner in triviale Weise gestreikt hätten. Wenn wir das Streikrecht verlangen, so ist es nicht unsere Absicht, vom Streik unter allen Umständen Gebrauch zu machen. Die Androhung des Streiks und die Macht der Organisationen, die dahinter steht, erringen Zugeständnisse ohne Streik. Wir müssen uns unserer Verantwortung immer bewußt bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Le Guen (französischer Eisenbahner) erklärt, daß seine Kameraden alle friedlichen Mittel erschöpft hätten. Zum Streik sei es gekommen, weil die Gesellschaften sich gewiegert hätten, die Delegierten der Arbeiter auch nur zu empfangen, die ihnen beweisen wollten, daß ein Tageslohn von 5 Francs angemessen sei. Für die Resolution künftigen die Franzosen nicht stimmen, weil sie am Solidaritätsstreik festhielten.

Genosse Karl Weigl (Wien): Wir Oesterreicher haben ein großartiges Koalitionsrecht. Aber es kommt nicht darauf an, daß das Gesetz da ist, sondern ob die Organisation imstande ist, das Gesetz zu verwirklichen. Auch in Oesterreich sucht man es illusorisch zu machen. Wir haben in Oesterreich eine Organisation der Postkellner, die Postkellner sind in einer Zwittrstellung, sie sind bei Privatunternehmern beschäftigt, die Räcker aber unterliegen der Staatsaufsicht, die den Postverkehr unter allen Umständen aufrecht erhalten will. Deshalb sind Lohnbewegungen schwer durchzuführen. In Wien und Graz haben wir schöne Erfolge erzielt, in anderen Städten nicht, weil keine geschlossenen Organisationen da waren. Triest ist dem Temperament nach mit Frankreich und Italien nahe verwandt. Dort inszenierten 1911 die Seelente über den Kopf der Verbandszentrale hinweg einen Streik. Da wurden Torpedoboote in den Hafen geschickt und die Schiffe der Handelsmarine mit Mannschaften der Kriegsmarine bemannt. Der Streik ging verloren und die Organisation der österreichischen Seelente zugrunde. Auf Jahre hinaus wurde uns so der Weg versperrt. In demselben Triest endete ein fünfjähriger Streik der Tramwaybediensteten mit einem vollen Erfolg. Er war eben gut vorbereitet und wurde von kaltsblütiger gewerkschaftlicher Taktik geleitet.

In seinem Schlußwort macht Genosse Tomšič die Franzosen darauf aufmerksam, daß in der Resolution vom Sympathiestreik gar nicht gesprochen wird. Niemand im Saal habe gegen die Forderungen, die beim französischen Eisenbahnerstreik erhoben wurden, das geringste eingewendet. Er habe nur geraten, nicht so unvorbereitet und ohne starke Organisation in eine solche Bewegung einzutreten. — Die Resolution Tomšič wird hierauf gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

Fünfter Verhandlungstag.

Zu der Schlußsitzung des Kongresses berichtet zunächst Genosse Döring (Berlin) über die Arbeiten der Kommission, die eine neue Geschäftsordnung für die Kongresse auf Grund der Vorschläge des schwedischen Transportarbeiterverbandes aufzustellen hatte. Die Geschäftsordnung entspricht im allgemeinen den deutschen Gebräuchen; bei wichtigen Fragen sollen die Stimmen nach der Mitgliederzahl der Organisationen gemehrt werden, bei Beitragserhöhungen und finanziellen Fragen ist dagegen eine Abstimmung nach Nationen vorgesehen. Zur Abkürzung und Vereinfachung der Verhandlungen soll eine ständige Resolutionskommission die vorliegenden Anträge durcharbeiten und mit den Antragstellern verhandeln. — Der Kongreß nimmt von der neuen Geschäftsordnung Kenntnis und überweist sie dem Zentralrat.

Obligatorische Schiedsgerichte für Arbeitsfreistigkeiten.

Heber diesen Punkt der Tagesordnung war Ben Tille (England) als Referent vorgesehen. Er ist bekanntlich einer der lebhaftesten Befürworter der obligatorischen Schiedsgerichte. Da er aber zunächst aufs Wort verzichtet, muß der Korreferent Genosse Paul Müller (Deutschland, Seelente) seinen gegenständlichen Standpunkt entwickeln: Von einer ershöpfenden Behandlung der Frage kann auf diesem Kongreß keine Rede sein, nur die prinzipiellen Gesichtspunkte können entwickelt werden, die für uns entscheidend sind. In den verschiedensten Ländern wird auf die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte hingearbeitet. In Australien und Kanada sind sie gesetzlich eingeführt und die bürgerlichen Sozialreformer empfehlen sie. Man will die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital nicht mehr frei und offen sich entwickeln lassen, sondern sie durch die Sprüche der Zwangsschiedsgerichte erheben. Auf mehreren englischen Gewerkschaftskongressen hat Ben Tille die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte empfohlen. Wir stehen dem Gedanken prinzipiell durchaus ablehnend gegenüber. Wir sind der Meinung, daß die frei organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt, insbesondere der Transportarbeiter, gar keine Ursache haben, diesen Vorschlägen zu folgen. Wir fordern ungeschwächt freies Spiel der Kräfte. Im ökonomischen Kampfe entscheiden nicht philanthropische Alüren, sondern die realen Mächte, die sich in ihm messen. Gerade wir Deutschen, die auf diesem Kongreß so heftig und ungerichtet angegriffen worden sind, weil wir angeblich den Klassenkampf verweigern und nicht genügend praktizieren, wir betonen hier scharf und prägnant den Klassenkampfcharakter der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Vielleicht wird das etwas zur Verhütung der syndikalistischen Volksfeste in Holland, Frankreich und Italien beitragen. (Heiterkeit.) Wir sehen in den obligatorischen Schiedsgerichten ein Danaergeschenk der Sozialreformer und Klassenstaatlichen Regierung. Ihnen ist es darum zu tun, den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse in Form des Streiks, wenn nicht vollständig zu unterbinden, so doch erheblich zu dämpfen im Interesse des Kapitalismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen aber nicht, daß die Entschlußfähigkeit der arbeitenden Klasse eingeengt wird. Der Selbstertüchtigungstrieb der bürgerlichen Gesellschaft und die Notwendigkeit weiterer industrieller Entwicklung zwingt sie dazu, den Arbeitern bei ihrer Bedeutung im sozialen Leben gewisse Rechte zu Konzedieren; aber bei der Ausübung dieser Rechte werden ihnen Schwierigkeiten gemacht. Das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren und die obligatorische Entscheidung in Arbeitsfreistigkeiten durch die Schiedsgerichte, wie sie Italien und Kanada haben, bedeutet die Ablenkung der organisierten Arbeiterschaft. Sie sind eine Art spanischer Esel, in die man das Koalitionsrecht einschneidet (Lebhafte Zustimmung) und dienen als philanthropisches Mäntelchen, um reaktionäre Pläne zu verbeden. Das uneingeschränkte wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht muß auch den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern gewahrt bleiben und wir erheben entschiedene Verwahrung dagegen, es durch Zwangsschiedsgerichte zu unterbinden. Die Zwangsschiedsgerichte fällen häufig Entscheidungen durch aus einseitiger Natur, denen sich die Arbeiterorganisationen zu unterwerfen haben. Können sich diese nicht, so werden die allerhöchsten Strafen über sie verhängt. So erweisen sich Zwangsschiedsgerichte als eine Art ständiger staatlicher Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse. Anders steht es mit den paritätischen Schlichtungskommissionen. Sie haben bei großen wirtschaftlichen Kämpfen auch der Transportarbeiter ihre Wirkung entfaltet. In Deutschland, in Oesterreich, besonders aber in England. Dort hat Lloyd George wiederholt die Einsetzung paritätischer Schlichtungskommissionen angeregt. Gegen sie haben wir prinzipiell nichts einzuwenden, auch nichts dagegen, daß bei ihnen den staatlichen Organisationen eine be-

stimmte Mitwirkung eingeräumt wird. Die Vermittlungsaktionen sind in wirtschaftlichen Kämpfen unter Umständen zu begrüßen; immer aber muß die Entscheidungsfreiheit der Arbeiter gewahrt bleiben. Die selbstverständliche Voraussetzung für uns ist die Wahrung der Parität und des uneingeschränkten Wahlrechtes für die Vertretung in den Schlichtungskommissionen. Gegenüber dem sogenannten unparteiischen Schiedsrichter, den die Regierung ernannt, muß den Parteien das Ablehnen und Beauftragungsrecht gewahrt bleiben. Häufig genug haben Regierungen auf Anträge der Scharfmacher reaktionäre verstaubte Beamte als Vorsitzende dieser Kommissionen eingesetzt, die dann aus Voreingenommenheit oder sozialer Unkenntnis gegen die Arbeiter entschieden haben. Die Gewerkschaftspresse täte gut, wenn sie sich mit all diesen Fragen eingehend beschäftigen wollte; denn die Vorschläge auf Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte mehren sich von Jahr zu Jahr. Die einen versuchen, uns mit der Peitsche zu züchtigen, und uns das Koalitionsrecht zu rauben, die anderen wieder versuchen, uns mit dem Zuderbrot der obligatorischen Schiedsgerichte einzufangen. Gegen alle diese Versuche waffnen wir uns, wenn wir für Strafe und starke gewerkschaftliche Organisationen sorgen, die allein den Erfolg im Kampfe verbürgen. (Stürmischer Beifall.) — Nedner schlägt folgende Resolution vor:

Im ökonomischen Klassenkampf des Proletariats gegen das Unternehmertum als seinen Ausbeuter und Unterdrücker entscheiden die realen Machtverhältnisse über Erfolg und Ausgang der jeweiligen wirtschaftlichen Aktionen hängen wie drüben. Die höchste und sicherste Garantie für den Erfolg des proletarisch-wirtschaftlichen Kampfes für die Arbeiter liegt in ihrer Organisation und solidarischen Machtentfaltung unter Berücksichtigung der Chancen und einer den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Taktik im Kampfe. Ein freies Koalitions- und Streikrecht ist die fundamentalste Forderung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Wasser und zu Lande tätigen Arbeiter. Die normale Schlichtung und Erledigung von wirtschaftlichen und sozialen Arbeitsfreistigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern bedingt die Anerkennung und die Respektierung der beiderseitigen Organisation. Im wirtschaftlichen Kampfe stehen sich in der Regel Arbeiter- und Unternehmerrückstellungen gegenüber. Es entspricht deshalb auch dem Allgemeininteresse, wenn die beiderseitigen Kampfobjekte durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation ihre Erledigung finden, einerseits, ob es sich um private oder öffentliche Unternehmungen handelt. Von diesen gewerkschaftlichen und sozial-fortschrittlichen Grundanschauungen ausgehend, kann der VIII. im August 1913 in London tagende Internationale Transportarbeiterkongreß die Notwendigkeit obligatorischer Schiedsgerichte für Arbeitsfreistigkeiten mit Zwangsverfahren und Exekutivgewalt nicht anerkennen. Kamentlich dann nicht, wenn ihr Aufbau und Verfahren die Aktionen- und Beschlußfreiheit der organisierten Parteien illusorisch macht oder wesentlich einschränkt. Der Kongreß verwirft obligatorische Schiedsgerichte dieser Art, erkennt aber die Zweckmäßigkeit paritätischer Schlichtungskommissionen für Arbeitsfreistigkeiten an. Er erkennt unter bestimmten Voraussetzungen auch die zweckmäßige Mitwirkung behördlicher Organe bei den Verhandlungen und Entscheidungen solcher Schlichtungskommissionen an. — Im übrigen stellt der Kongreß für diese Schlichtungskommissionen folgende Grundsätze auf: a) ihre Tätigkeit soll nur eine ausgleichende und schlichtende sein; b) ihre Entscheidungen sollen für die Parteien nicht unter allen Umständen bindend sein; c) die Aktions- und Entschlußfreiheit der Parteien darf durch diese Entscheidungen nicht eingeschränkt werden; d) bei der Zusammensetzung dieser Schlichtungskommissionen muß die strengste Parität gewahrt und für die Delegationen das freieste Wahlrecht den Organisationen der Partei gewahrt werden; e) den etwa zu ernennenden behördlichen Vertretern gegenüber müssen sich die Organisationen der Parteien das Beauftragungs-, beziehungsweise Ablehnungsrecht in jedem Falle vorbehalten.

Ben Tille (England) erklärt, daß er mit vielem einverstanden sei, was Müller gesagt hätte. Aber die Resolution enthalte Gemeinplätze. Internationale Regeln ließen sich in dieser Frage überhaupt nicht aufstellen. Er stellt folgenden Gegenantrag:

„Der Kongreß ist der Meinung, daß alle Fragen, die sich auf Tarifverträge, das Schlichtungsverfahren und obligatorische Schiedsgerichte beziehen, den einzelnen Ländern zur Beschlußfassung überlassen bleiben müssen. Der Kongreß kann die Verantwortung und Autorität für sich übernehmen, die Frage des konkreten Arbeitsrechtes zwischen Unternehmern und Arbeitern in den einzelnen Ländern von sich aus zu regeln. Er beauftragt den Zentralrat, sich über die Formen und die Besonderheiten der bestehenden Tarifverträge, des Schlichtungsverfahrens und der Schiedsgerichte in allen Ländern zu informieren und das Ergebnis dem nächsten Kongreß vorzulegen.“

Die ganze Richtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bewege sich im Sinne einer immer stärkeren Verpflichtung zur Annahme der Schiedsgerichte. Dringen die Arbeiter auf ihre Einführung, so können sie günstiger Bedingungen erzielen, als wenn sie von den Vorschlägen der Regierung sich überlassen lassen. Die Tendenz dieser Schiedsgerichte sei an sich nicht gefährlich, es komme auf ihre Gestaltung an. Die australischen Arbeiter seien durchaus nicht gegen das Prinzip der Schiedsgerichte. Der Widerspruch der dortigen Gewerkschaften richte sich vielmehr nur gegen die Art, wie die Schiedsgerichte eingerichtet sind. In einer Abstimmung würden die australischen Arbeiter sich mit zögiger Majorität für die obligatorischen Schiedsgerichte entscheiden. Die Arbeiter leben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und alle Reformen müßten sich auf diesem Boden bewegen. Die freien Tarifverträge seien für die Arbeiter häufig viel nachteiliger als die Schiedsgerichte. Auch die Gewerkschaften seien nur ein Rad im Betrieb der Wirtschaftsordnung, die auf dem Gesetz der Lohnsklaverei aufgebaut sei. Es werde sich immer nur um die Frage handeln, in welcher Form die Abhängigkeit der Arbeiter sich mildern lasse, und sie seien weniger abhängig, wenn die Regierung sich einmische, als wenn sie direkt von den Unternehmern abhängen. Der erzieherische Zweck der Gewerkschaftsbewegung, nämlich die Aufklärung der Arbeiter, von der Tatsache der Klassenabhängigkeit läßt sich beim Vorhandensein von staatlichen Schiedsgerichten besser erfüllen, weil diese Abhängigkeit den Arbeitern dann deutlicher zum Bewußtsein komme. Nedner schließt: Ich bin ebenfotse gegen die obligatorischen Schiedsgerichte wie gegen das kapitalistische System überhaupt, aber im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind die Schiedsgerichte besser als die Tarifverträge.

Die italienische Delegation beantragt: „Der Kongreß spricht sich prinzipiell gegen die obligatorischen Schiedsgerichte aus, beauftragt aber den Zentralrat, die Frage zu studieren und dem nächsten Kongreß zu unterbreiten.“

Van den Berg (holländischer Syndikalist) dankt Müller für seine prinzipielle Rede und schließt sich ihm an. Im Klassenkampf sei bloß die Machfrage entscheidend. Die obligatorischen Schiedsgerichte sind Zuderbrot mit Hyantali. (Heiterkeit.)

Wilson (England, Seelente) ist auf mehreren Gewerkschaftskongressen gegen die Anträge Ben Tilles aufgetreten. Ein fünfmonatiger Aufenthalt in Australien und Neu-Seeland aber hat ihm gezeigt, daß die australischen Arbeiter nicht gegen das System an sich seien, sondern nur mit manchen Schiedsgerichten nicht einverstanden wären. Es läge jedoch kein Anlaß vor für die Arbeiter, für die Einsetzung

obligatorischer Schiedsgerichte zu wirken. Die ganze Frage solle ruhig jeder Nationalität überlassen werden.

Guinard (Paris) schließt sich Müller an. Alle französischen Nationalkongresse haben sich gegen die Schiedsgerichte erklärt. Sie gefallen zur Macht des Unternehmertums die Macht des Staates und unterbinden den Kampfesgeist der Gewerkschaften.

Genosse Paul Müller stellt im Schlusswort fest, daß die überwiegende Mehrheit des Kongresses die Schiedsgerichte verwerfe. Die N. L. F. habe aber kein Interesse daran, irgendeine Landessektion zu majorisieren. Der Zentralrat schlage daher vor, von einer Abstimmung über sämtliche Resolutionen abzusehen und weitere Studien der Frage in Aussicht zu nehmen.

Der Kongress schließt sich dem Vorschlag Müllers einstimmig an.

In die Reorganisationskommission werden gewählt: Tomšič für Oesterreich und die Schweiz, Ciardi für Italien, Lindley für Skandinavien und Finnland, Williams für England, Mahlman für Belgien und Holland, Vingaard für Frankreich und Dreher für Deutschland. Als internationaler Sekretär wird Zochade einstimmig wiedergewählt. Auf Vorschlag von England und Frankreich bleibt der Sitz des Zentralrats Berlin; er wird aus denselben Männern zusammengesetzt (Schumann, Döring, Müller, Brunner und Zochade).

Als Ort des nächsten Kongresses wird Zürich gewählt.

Die englische Delegation schlägt folgende Resolution vor:

Der Kongress drückt seine Enttäuschung über die Tat der britischen Regierung aus, die die Auslieferung des Redakteurs des Organs der russischen Seeleute Adamowitsch in die Hände der russischen Autokratie zugelassen hat und sieht darin eine flagranten Verletzung des britischen Anspruchs. Er fordert den britischen Gewerkschaftskongress auf, von der Regierung mit allem Nachdruck zu verlangen, daß sie für eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen Adamowitsch unter Wahrung aller Rechtsgarantien sorgt.

Die Resolution wird einstimmig angenommen und soll von Williams dem britischen Gewerkschaftskongress vorgelegt werden.

Eine Resolution der Italiener, die die Einführung des Esperanto als Verhandlungssprache und die internationale Agitation für ein System zum automatischen Verschluß der Eisenbahnwagen verlangt, das von einem Mitglied des italienischen Eisenbahnerverbandes erfunden ist, wird dem Zentralrat überwiesen.

Die norwegischen Seeleute machen darauf aufmerksam, daß die norwegische Regierung schon für die nächste Zeit die gesetzliche Aufhebung des Streikrechts für die Transportarbeiter plant und ersuchen um Unterstützung, falls sie das Gesetz mit einem Generalstreik bekämpfen müssen.

Auch diese Frage wird dem Zentralrat überwiesen.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Vorsitzender Lindley wirft einen Rückblick auf die Verhandlungen, die nicht voll befriedigen konnten, weil die Behandlung von Detailfragen zu große Zeit in Anspruch genommen haben. Hoffentlich werde es unter der neuen Geschäftsordnung besser werden. Die heftigen Diskussionen über die verschiedene Auffassung der Gewerkschaftsbewegung erinneren ihn an Familienstreitigkeiten. Aber die Familie trete dann wieder um so geschlossener der Außenwelt gegenüber auf. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur, die seit Kopenhagen bestand und uns in unserem Kampf geholfen hat, geht vorüber. Es mehren sich die Zeichen für den Umschlag. Schwarze Wolken stehen am Himmel, die Sturm, ja Orkan bedeuten; da können wir den Organisationen nur raten, nicht zu viele Segel zu hissen. In vielen Fällen werden wir uns in der Defensive halten. Der Klassenkampf wird immer schärfer, die Proletarisierung schreitet fort, alle Länder werden in die moderne Entwicklung hineingerissen. Da wird die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung immer schwerer, wir sehen in ihr mehr als eine Arianz für rein materielle Interessen, ihre Hauptaufgabe ist die Erziehung von Mitgliedern zum Massenbewußtsein. Hoffentlich wird die Internationale Transportarbeiterorganisation, wie in der Vergangenheit so in der Zukunft, eine gute Figur in der internationalen Arbeiterbewegung abgeben und weiter ihre Pflicht tun, bis zur endgültigen Vereinigung der Arbeitererschaft. (Stürmischer Beifall.)

Die Delegierten erheben sich und singen den ersten Vers der Internationale.

Inland

Keine Besserung der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Die Grundlagen für die Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien sind seinerzeit in einer gemeinsamen Ministerkonferenz festgesetzt worden. Die Frage der Wiederaufnahme der Konferenzen hat auch den Gegenstand der Besprechung zwischen dem Minister des Äußeren Grafen Borsch und dem serbischen Ministerpräsidenten Vesitch gebildet. Da der Einfluß der Agrarier in Oesterreich-Ungarn ein so starker ist, daß die Wünsche dieser Gruppe selbst dann erfüllt werden, wenn Fragen der äußeren Politik eine andere Haltung als notwendig erscheinen lassen würden, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Verhandlungen mit Serbien nicht auf der Grundlage des Imports von lebendem Vieh geführt werden dürften, sondern daß Serbien neuerlich nur die Einfuhr von Fleisch gestattet werden wird. Bei entsprechenden Gegenbedingungen Serbiens dürfte allerdings das Fleischkontingent eine Erhöhung erfahren. Serbien hat seinerzeit gewünscht, daß der Durchfuhr von lebendem Vieh über das Gebiet der Monarchie nach anderen Ländern, so zum Beispiel nach Italien keine Hindernisse bereitet werden. Darin würde selbstverständlich ein bedeutendes Zugeständnis an Serbien gelegen sein. In serbischen Kreisen hat man den Eindruck, daß Oesterreich-Ungarn geneigt ist, über diese Frage zu verhandeln und Serbien eventuell die Durchfuhr von lebendem Vieh zuzugestehen.

Das sind ja recht nette Aussichten für die konjunkturierende Bevölkerung! Den paar tausend Gorbgrundbesitzern zuliebe will man den Serben auch für die Zukunft die Einfuhr von lebendem Vieh verwehren und so den Büffern Oesterreich-Ungarns die Lebenshaltung dauernd erschweren. Da wird wohl notwendig sein, daß sich die erwerbstätige Bevölkerung gegen diese Handelspolitik endlich einmal energisch zur Wehr setzt.

Das Handelsministerium und die Industriellen. Der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs hat das Protokoll über die Verhandlungen seines Verbandstages, der am 14. v. M. in Lustig abgehalten wurde, bereits veröffentlicht. Man lernt aus diesem Protokoll den Wortlaut der Ansprache kennen, die der Sektionschef Brojke, bisher der Leiter der Industrieaktion im Handelsministerium, nunmehr Präsident des In-

dustriellenverbandes, an die versammelten Ausbeiter gehalten hat. Also sprach Herr Brojke:

Man braucht nur einen Blick in die Protokolle des österreichischen Abgeordnetenhauses zu werfen, um zu sehen, wie in diesem hohen Hause der antikapitalistische, antiindustrielle Geist prädominiert, wie laut und zahlreich sich die Stimmen erheben, um unter persönlichen Schmähungen der Industriellen stets neue Lasten, neue Steuern und Einschränkungen ihrer freien Betätigung zu verlangen, und welchen schwierigen Stand die kleine Zahl von Abgeordneten hat, die Sinn und Verständnis für die Bedürfnisse der Industrie besitzen.

Nur der Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses und dem mäßigenden Einfluß des Herrenhauses ist es zu danken, daß die Industrie nicht schweren Schädigungen durch die Gesetzgebung ausgesetzt ist.

An jenen Stellen aber, in deren amtlichen Wirkungskreis es gelegen wäre, das Wohl des Staates und der Gesamtheit zu wahren, da mangelt vielfach die Einsicht, daß dem Staate nichts mehr nützt, als ein kräftig pulsierendes Erwerbsleben, daß die erwerbenden Stände die feste Grundlage des Staates bilden und daß nur eine prosperierende Industrie, die Geld und viel Geld verdient, die großen Bedürfnisse des Staates decken kann.

In Versammlungen und einem nicht geringen Teile der Presse wird gegen Kapital und Industrie zu Felde gezogen, werden die niedersten Leidenschaften des Neides und der Mißgunst angefaßt und die Bevölkerung verhetzt. So nimmt allwärts die demagogische Verbreitung Kapital- und industriefeindlicher Tendenzen zu, ohne daß ihr etwas anderes entgegengesetzt wird, als eine Politik der Angst, des Zurückweichens und der Richtungslosigkeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Herr, der sich der Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses freut, weil sie die Industriellen vor neuen sozialpolitischen „Lasten“ bewahre, war bis vor kurzen der mächtigste Mann im Handelsministerium! Und dabei kann man sich nicht einmal freuen, daß dieser Anwalt des Kapitals aus dem Staatsdienst entfernt ist. Hat doch der Ministerialrat v. Kreuzbrunn, der den Verbandstag im Namen der Regierung begrüßte, den Herren Fabrikanten folgende „beruhigende Versicherung“ gegeben: „Ich werde die Schule, die Tradition, die ich Gelegenheit hatte, unter der Leitung Ihres Herrn Präsidenten — nämlich des Herrn Brojke — kennen zu lernen und zu üben, aus eigener Ueberzeugung hochhalten.“ Es bleibt also auch in Zukunft der Geist Brojkes im Handelsministerium. Was Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung — Industrielle, die Geld und viel Geld verdienen, zu züchten, ist die einzige Aufgabe der k. k. Industriepolitik!

Schuhmeiers Mandat verloren! Am Dienstag haben die Wiener Christlichsozialen die Früchte des Nordes geerntet, den ihr Parteigenosse Kunschak beinahe, sie haben im Kampf um das Leopoldstädter Reichratsmandat, das ihnen Schuhmeier im Sturm abgenommen hatte, gesiegt. Bei der Stichwahl am Dienstag wurde der christlichsoziale Kandidat Dr. Matasja mit 9015 Stimmen gewählt. Auf unseren Genossen Eiderich entfielen 8455 Stimmen. Bei der Hauptwahl am Mittwoch erhielt Genosse Eiderich 5984 Stimmen, der Christlichsoziale Dr. Matasja 7761, der Liberale Blasel 2543, der deutschnationale und der tschechnationale Kandidat zusammen 800 Stimmen. Die Zahlen des Stichwahlergebnisses zeigen, daß Genosse Eiderich nur einen Teil der deutschfreiwirtschaftlichen Stimmen erhalten hat, daß viele Deutschfreiwirtschaftliche und alle Deutschnationalen für den Christlichsozialen stimmten. Damit ist aber der Stimmenzuwachs der Christlichsozialen noch nicht erklärt, er wird nur verständlich, wenn man den maßlosen Wahlschwindel und den ungeheuerlichen Terrorismus der Christlichsozialen berücksichtigt, die diesmal in einem viel stärkeren Maße als bisher — und das will viel heißen in der Stadt des unglaublichsten Wahlschwindels — angewendet wurden, um zu verhindern, daß Kunschak umsonst den tschechnischen Schuß abfeuerte, daß er mordete, ohne damit der christlichsozialen Partei zu nützen.

Für den maßlosen Wahlschwindel der Christlichsozialen bei dieser Wahl, der nicht möglich wäre, wenn wir in einem Rechtsstaate leben würden, hat die „Arbeiter-Zeitung“ am Sonntag unwiderlegbare Beweise erbracht. Sie hat den amtlichen Nachweis erbracht, daß sich die Christlichsozialen schon bei der Hauptwahl in der Leopoldstadt am Mittwoch als Gaunerbande konstituiert und nicht weniger als 837 gefälschte Stimmen für ihren Kandidaten abgegeben haben. Dieser gigantische Schwindel wurde, wie gesagt, amtlich festgestellt. Die Polizei hat über Anfrage unserer Genossen amtlich bestätigt, daß an 837 „Wähler“ deren Namen und Adressen die „Arbeiter-Zeitung“ auf vier Druckseiten veröffentlicht und für die am Mittwoch eine Stimme abgegeben wurde, teils gestorben, teils abgereist sind, teils überhaupt nicht existieren. Der polizeiliche Vermerk stellt in zahlreichen Fällen ausdrücklich fest, daß die Legitimation an den Magistrat zurückgefordert wurde, daß also diese „unbestehbaren Legitimationen“ von der Wahlbehörde selbst für den Schwindel zur Verfügung gestellt wurden. Ein raffiniertes System sorgte für ein kluges Gelingen des Schwindels. Wochten die sozialdemokratischen Vertrauensmänner in den Wahlkommissionen noch so sehr darauf dringen, den auf früherer Tat erlappten Wahlschwindel dingfest zu machen: die Wahlkommission ging über alle Einprüche gleichmütig hinweg und stimmte dafür, daß der Schwindler die gefälschte Stimme abgeben darf. Man hat es also mit einem planmäßigen Betrug zu tun, an dessen Spitze der Leiter des städtischen Wahlamtes, der berühmte Papelfa, steht.

Und mit dieser Bande von Fälschern und Gaunern, mit der Partei der Leichenschänder und politischen Mörder haben sich die Deutschnationalen verbündet! Mit Begeisterung sind sie zur Wahl gegangen, um der Partei der politischen Schufte das Mandat zu verschaffen, das einer ihrer Anhänger durch einen Mord freimachte. Wahrscheinlich, die Deutschnationalen, die feilen Dirnen gleich, sich einem solchen Gesindel prostituierten, sind noch verächtlicher, als die Christlichsozialen selbst!

Die Christlichsozialen haben gesiegt, gesiegt mit den verwerflichsten Mitteln, aber sie dürfen ihres Erfolges nicht froh werden. Denn mit vermehrtem Eifer müssen

unsere Wiener Genossen ihre geschichtliche Pflicht erfüllen, Wien von der christlichsozialen Pest zu befreien. Wenn das freiwirtschaftliche Bürgertum dazu nicht fähig ist, dann muß diese Arbeit vom Proletariat allein geleistet werden, aber vollbracht muß sie schließlich werden, sei sie auch nicht so schwer, denn die Befreiung Wiens von der Merkmalen Gewaltherrschaft ist eine Notwendigkeit nicht nur der Hauptstadt, sondern des ganzen Reiches.

Erregung unter den Staatsbeamten. In einigen massenhaft besuchten Staatsbeamtenversammlungen in Wien, Reichenberg und Karlsbad wurde dererrat der Christlichsozialen und des Deutschen Nationalenverbandes an den Staatsbeamten in der schärfsten Weise gebrochmarkt, einige Abgeordnete dieser Regierungsparteien niedergeschrien und sozialdemokratische Abgeordnete mit stürmischem Beifall begrüßt.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich veröffentlichte ihren Bericht an den Ende dieses Monats in Wien zusammengetretenen Parteitag. Die Mitgliederzahl hat einen kleinen Rückgang aufzuweisen; bei der Krise, die die Balkanereignisse über das Land gebracht haben, ist der Rückgang aber völlig erklärt, und es ist eher verwunderlich, daß er nicht größer ist als 3500. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 142.027, wovon 20.058 Frauen. (Es ist immer zu beachten, daß es sich nur um Deutsch-österreichische handelt!) Die meisten Parteimitglieder haben Wien (46.378 bei 164.000 Gewerkschaftsmitgliedern, worunter allerdings Tausende Tschechen), Deutschböhmen (40.193), Niederösterreich (14.562) und Steiermark (13.957). Die Vereinsorganisation ist fast überall durchgeführt — ihr gehören 108.075 männliche Parteimitglieder an (Frauen dürfen politischen Vereinen immer noch nicht angehören!); nur 13.891 Parteigenossen sind noch in der freien (Vertrauensmännerorganisation). Es wurden im Berichtsjahr 2014 Volks-, 12.214 Organisations- und 5373 öffentliche Vereinsversammlungen abgehalten. Die Maifeier 1913 fiel in die Zeit der ärgsten Kriegsgefahr nach der Besetzung Skutaris durch die Montenegriner und wurde so zur wichtigsten Friedensdemonstration. — In der Frauenorganisation ist der einheitliche 40 S.-Monatsbeitrag überall erreicht. Das Frauenreichskomitee gibt an 312 Organisationen Mittelungen und an 30 Zeitungen eine Frauenkorrespondenz gratis ab. Die Organisation der Heimarbeiterinnen hat in 26 Ortsgruppen 1168 Mitglieder und löst ein „Vereinsblatt“ erscheinen. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung“, die 14tägig erscheint, beträgt zurzeit 27.000. — Die Jugendorganisation hat in 355 (+ 49) Ortsgruppen 12.062 Mitglieder. Ihre Monatschrift erschien zuletzt in 19.000 Exemplaren — um 7000 mehr als noch vor zwei Jahren. Umfangreiche Angaben über die Bildungstätigkeit erstattet die dafür eingesezte Zentralstelle; hier sei nur erwähnt, daß die Parteischule bisher einmal in Bodenbach, einmal in Klagenfurt abgehalten wurde. — Der Verein „Die Kinderfreunde“ hat etwa 30 Ortsgruppen mit über 7000 Mitgliedern. Er gibt Merkblätter und eine eigene Zeitschrift heraus.

Die Parteipresse hat sich rasch entwickelt und besteht gegenwärtig aus den Tageszeitungen in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck, Reichenberg und Linz, dreimal wöchentlich erscheinenden Blättern in Tepitz und Aussig. Weiter erscheinen zehn Blätter zweimal wöchentlich und daneben eine große Zahl Wochenblätter, ferner erscheinen die Monatszeitschriften „Der Kampf“, „Die Gemeinde“, das Viertelblatt „Glühlichter“ (in über 22.000 Exemplaren) und eine Menge von Fachorganen einzelner Spezialbestrebungen. Die einmalige Mindestausgabe der gesamten Arbeiterpresse (samt Gewerkschafts- und Genossenschaftsblättern) beträgt 914.200 Exemplare.

Der Parteibericht enthält auch genaue Angaben über die Gewerkschaften und die proletarischen Genossenschaften, welche letztere heute an 300.000 Mitglieder, fast 100 Millionen Kronen Umsatz, 14 Millionen Bruttoertrag und 4 Millionen Reinertrag hatten. — Von politischen Verfolgungen wird berichtet, daß 407 Genossen zu Geld und 132 zu Arreststrafen verurteilt worden sind.

Der Kassenbericht weist bei 190.000 Kr. Einnahmen 20.200 Kr. Saldo auf. Der gesondert geführte Reichratswahlfonds besaß (vor der Ersatzwahl für Schuhmeier in Wien) über 50.000 Kr., der Schuhmeier-Fonds zur Bildung der Arbeiterjugend erhielt aus den Sammlungen bisher 15.000 Kr.

Die Sünden der Nationalverbändler.

Eine Massenkundgebung der Staatsbeamten.

Vor einigen Tagen fand im großen Saal der Katharinenhalle im Dreherpaß eine von den Staatsangestellten aller Kategorien einberufene Versammlung statt. Die Versammlung gehörte zu den größten, die Wien gesehen hat. Viel mehr als zehntausend Menschen, Staatsangestellte aller Arten, männliche und weibliche, waren zusammengekommen, um Gericht zu halten über Regierung und Parlament, und ihr Urteil war Verdammung. Von einer furchtbaren Verbitterung, wie sie nur zu verständlich ist, war die Masse erfüllt, und das zeigte sich am deutlichsten darin, daß, wer zu den Mehrheitsparteien gehört, nicht sprechen konnte. Zu stark ist der berechtigte Groll über die Täuscher und Verräter, als daß man noch einmal sie hätte anhören können, trotzdem sie nicht versöhnliche, sondern ebenfalls so wie die Abgeordneten der Oppositionsparteien recht starke Töne gegen die Regierung anschlagen wollten. — Elf sozialdemokratische Abgeordnete nahmen an der Versammlung teil, einige Wiener freiwirtschaftliche Abgeordnete, die Nationalverbändler Erb und Waber, und der wilde Christlichsoziale Kometter. Als der Vorsitzende die Namen der erschienenen Abgeordneten anführte, gab es, so oft ein Sozialdemokrat genannt wurde, Beifall; die Nennung der übrigen wurde lautlos aufgenommen.

Der Betrug, der an den Staatsangestellten verübt wurde, ist tatsächlich ein so schamloser, daß man sich darüber wundern muß, daß die Staatsangestellten nicht schon längst die Gebulde verloren haben. Zuerst wurde den Staatsbeamten ihre Zustimmung zu einer Dienstpragmatik erpreßt, welche das wichtigste Recht der Staatsangestellten, das Koalitionsrecht, eroberte und dann — bekamen die Staatsbeamten diese Dienstpragmatik erst recht nicht. Der Deutsche Nationalverband war es, der das Koalitionsrecht der Beamten vernichtete, er war es auch, der durch das Junktim zwischen Dienstpragmatik und

Finanzplan die gegenwärtige Zwangslage geschaffen hat. Als das schilberte mit leidenschaftlichen Worten in der Versammlung der Referent Schmid. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die österreichischen Staatsbediensteten haben es fast, noch weiterhin mit ihren Lebensinteressen freiblich spielen zu lassen. Sie verlangen von den Parteien beim Zusammentritt des Hauses die sofortige Herbeiführung einer Klärung ihrer Lebensfrage und erklären heute schon, daß sie für die unausbleiblichen Folgen einer Weiterverschleppung die Regierung und das Parlament verantwortlich machen.

Am lebhaftesten hejubelt wurde in der Versammlung die Rede des Genossen Glöckel, der den Versammelten zurief, nur auf sich selber, auf ihre eigene Kraft zu bauen.

Schlecht erging es dem Nationalverbändler Dr. Waber. Er wurde empfangen mit Wüßgerufen und großem Lärm und alle Aufforderungen, ihn anzuhören, blieben so lange wirkungslos, bis vom Podium herab verkündet wurde, daß Dr. Waber nicht als Mitglied des Nationalverbandes, sondern als Vorstandsmittglied der Staatsbeamtenorganisation sprechen werde. Dr. Waber sprach heftig gegen die Regierung, aber da sich die Versammlung erinnerte, daß er ein Nationalverbändler ist, wurde er bald von den Rufen „Schluß!“ umstößt. Es schaffte ihm auch nicht Ruhe, daß er die Mehrheitsparteien eine „Spottgeburt mit allem ominösen Beigeschmack“ nannte. Dem Lärm und den Pfiffen mußte er weichen.

Diese Massenversammlung war erst der Beginn des Kampfes, den die Staatsangestellten nun führen werden. Sie haben sich eine Organisation geschaffen, die alle früheren kleinen Sondervereine umfaßt, sie haben sich bereits einen Widerstandsfonds gesammelt, sie sind also zum Kampf auch gerüstet.

Achtung! Achtung! Zugsbegleiter aller in Wien einmündenden Bahnen!

Einladung

zu der Dienstag den 21. Oktober 1913, 8 Uhr abends, im Arbeiterheim, Wien X, Larenburgerstraße 8-10 (Parterre-Etage), stattfindenden

Massen-Versammlung

Zugsbegleiter

aller in Wien einmündenden Bahnen!

Tagesordnung:

- 1. Die unerfüllten Forderungen, die bereits durchgeführten und noch geplanten Verschlechterungen für das Zugsbegleitungspersonal.
2. Anträge und Anfragen zu diesem Punkt.

Zugsbegleiter aller in Wien einmündenden Bahnen!

Genossen, Kollegen! Erscheint alle, die ihr dienstfrei seid, in dieser wichtigen Versammlung! Es gilt Stellung zu nehmen, damit die berechtigten und bisher unerfüllten Forderungen der Zugsbegleiter endlich wieder um einen Schritt vorwärtsgebracht werden. Gleichzeitig sollen alle Zugsbegleiter ohne Unterschied Gelegenheit haben, ihrem berechtigten Willen gegen die bereits durchgeführten und noch geplanten Verschlechterungen für die Zugsbegleiter entschieden und vernünftig Ausdruck zu geben.

Die Stabilisierung der Bremsen ist durch eine Verfügung der Staatsbahnverwaltung auf lange Jahre gesperrt worden. Die Ernennung zu Unterbeamten erfolgt nicht im Sinne der gemachten Zugeländnisse. Bei dem im Staatsbetrieb befindlichen Lokalbahnen werden die Oberkonduktoren und auch der größere Teil der Konduktoren abgezogen und an ihrer Stelle Arbeiter verwendet. Statt Fahrplangelder sollen Kilometergelder eingeführt werden u. s. f.

Dagegen zu protestieren und zugleich die endliche Erfüllung der berechtigten Wünsche der Zugsbegleiter neuerlich energisch zu urgieren, ist Zweck dieser Versammlung.

In derselben werden auch zahlreiche Kollegen aus den auswärtigen Stationen im Reiche erscheinen und die Verhältnisse außerhalb Wiens zur Sprache bringen.

Es wird daher diese Versammlung eine einmütige Kundgebung der Zugsbegleiter aller Bahnen Österreichs darstellen. Jeder Kollege erfülle daher seine Pflicht und erscheine bestimmt in dieser wichtigen Versammlung.

Die Vertrauensmänner der organisierten Zugsbegleiter in Wien.

Ausland.

Deutsches Reich.

Einen nationalen Arbeiterkongress, den dritten seines Zeichens, berufen die christlichen Gewerkschaften zum 30. November nach Berlin ein. Zur Beteiligung an diesem Kongress werden alle christlichen und nationalen Arbeitervereine aufgefordert. Die Tagesordnung ist für eine viertägige Verhandlung reichlich bemessen. Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner soll behandelt werden, die Bedeutung der Koalitionsfreiheit für Angestellte und Arbeiter, Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung, die Wohnungsfrage, Arbeitslosenfürsorge und einiges andere. Und daneben soll noch das hochschulzönerische Bündnis zwischen Mittelständlern, Agrariern und Zentralverband deutscher Industrieller besprochen werden. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften erwartet von dem Kartell natürlich nichts Gutes und nimmt in seiner neuesten Nummer dagegen entschieden Stellung. Es erklärt, das Arbeitsprogramm dieses Kartells liege zwischen den Zeiten folgenden Zweck erkennen: 1. Arbeitswilligen suchen, Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Tarifverträge, um die Arbeiter an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern.

2. Erhaltung und Vermehrung der Lebensmittelmittel ohne Rücksicht auf die herrschende Teuerung und auf die Ernährungs-möglichkeiten des Volkes. 3. Zertrümmerung der Genossenschaftlichen zum Zweck des gemeinschaftlichen Einlaufs von Lebensmitteln, um den Arbeiter zu hindern, für seinen fauer verdienten Lohn die Lebensmittel günstig einzukaufen. Als nächste Aktion dieser neuen „Arbeitsgemeinschaft“ — so meint das christliche Blatt — sei ein Vorstoß gegen das Koalitionsrecht und Verweigerung aller Maßnahmen zur Linderung der Teuerung zu erwarten. Das Blatt ist weiter ungehalten darüber, daß diese Arbeitsgemeinschaft bereits den Segen der preussischen Regierung erhalten hat, und zwar durch eine Rede des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer auf der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereines für das Rheinland. Als ob von dort etwas anderes zu erwarten wäre! Wird dieser nationale Arbeiterkongress in dieser zusammen-gewürfelten Zusammenkunft der widersprechendsten Meinungen mit seinen Beschlüssen irgendwelchen Eindruck auf die Öffentlichkeit machen? Wir glauben es kaum. Erst wenn die Einheit und Geschlossenheit, die sich hier in dem Zusammenschluß dieser Unternehmerinteressengruppen zeigt, auch in den Arbeiter-organisationen anzutreffen ist, werden die Arbeiter der ein-flußreichen wirtschaftlichen Macht der Scharfmacher und Agrarier ihre berechtigten Wünsche mit Nachdruck entgegenstellen können.

England.

Eine Milliarde zur Bekämpfung der Gewerkschaften.

Das britische Unternehmertum hat den Tradenunionen Fehde auf Leben und Tod angesagt: es hat sich eine „Gewerkschaft“ gegründet, einen Kampfplan entworfen und die Grundlage zu einer Kriegskasse von beispielloser Größe gelegt. Diese bedeutsamen Dinge wurden zwar schon vor Monaten beschlossen, aber erst jetzt erfährt sie die Öffentlichkeit durch die Londoner „Times“.

Die „Gewerkschaft“ der Unternehmer trägt den Namen: Abwehrverein der Unternehmer des Vereinigten Königreichs (United Kingdom Employers' Union). Ihr Zweck ist:

- 1. die Kräfte der Unternehmer zu vereinen;
2. die Rechte und Freiheiten der Unternehmer zu erhalten, einzeln oder gemeinsam mit den freien (nicht organisierten!) Arbeitern zu unterhandeln, und
3. einen genügenden Schutz für die Arbeitswilligen wie auch für die Unternehmer zu sichern, die geneigt sind, Arbeitswillige anzunehmen im Falle eines Kampfes, der durch die Tyrannei der Gewerkschaften hervorgerufen ist.

Der Abwehrverein soll um die Eintragung in das amtliche Vereinsregister nachsuchen, damit er der Vorteile teilhaftig wird, die das Gesetz den (eingetragenen) Arbeitgebergewerkschaften gewährt.

Im sich bietet diese Zweckklärung nun nichts Neues, da dergleichen von Unternehmenseite in allen kapitalistischen Ländern schon genugsam verkündet worden ist. Was ihr aber besondere Bedeutung gibt, ist, daß mit ihr auch die Schaffung einer Kriegskasse von tausend Millionen Mark beschlossen wurde. Gleich in der konstituierenden Versammlung des Abwehrvereines sind Beiträge von 100.000 bis 1.000.000 Mark gezeichnet worden. Die Einzeldrucke dieser Summen hat zu gefächelt, sobald die Einzeldrucke die Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling oder einer Milliarde Mark erreicht haben. Mit dieser Summe sollen die dem Verein angehörigen Unternehmer in Streitfällen unterstützt werden.

Somit wäre die Anregung, die Sir John Bingham kurz nach Beendigung des großen Maschinenbauersstreiks im Jänner 1902 machte, endlich verwirklicht. Er meinte damals: „Wenn eine Summe von vielen Millionen Pfund als Rückendeckung vorhanden wäre, genüge ein geringer Teil des Geldes zum Schutz der Unternehmer, und je nachhaltiger der erste Kampf durchgekämpft wird, desto eher wird unberechtigten (unfairen) Streikfällen in Zukunft vorgebeugt.“ Vom Geiste des Sir John sind auch die leitenden Leute des Abwehrvereines befeelt:

„Wäre ein solcher Kampffonds schon 1911 besizant gewesen, hätte der Eisenbahnstreik bis zu Ende gekämpft und ein zufriedenstellender und dauernder Friede gesichert werden können. Das gilt auch für den Kohlengräberstreik... Der Tradenunionismus von heute birgt zwei Gefahren: zum ersten sind die Leute von ihren Führern schlecht geführt und können nicht im Zaume gehalten werden; zum anderen hat der Syndikalismus festen Fuß gefaßt. Es hat keinen Zweck, Abkommen mit den Gewerkschaftsführern zu treffen, wenn sie dann ihre Leute aus Sympathie mit anderen Streikenden von der Arbeit wegrufen. Heute greifen die Gewerkschaften oft ein schwaches Geschäft an, das dann gezwungen ist, nachzugeben. Ist dieser eine Streik geschlichtet, wird ein anderes Unternehmen angegriffen. Auf diese Weise werden die errungenen Verbesserungen im ganzen Gewerbe eingeführt. Mit einem Kampffonds als Dedung wird es auch den kleinen Unternehmern möglich, den unberechtigten Forderungen der Gewerkschaft zu widerstehen.“

Wie man sieht, müssen die Unternehmer, große wie kleine, viel Hoffnung an den Abwehrverein und seine Kriegskasse setzen, mit der Erfüllung wird es nach seine großen Schwierigkeiten haben. Um dies sagen zu können, braucht es keiner Prophetengabe. Die kapitalistischen Unternehmer waren bis jetzt willens und in stande, ihre Kämpfe ohne Unterstützung von Behörden oder Kapitalisten durchzuführen, und die kleinen freuten sich wie die Zaunfönige, wenn ihre gefährlichen Wettbewerber in Not waren, weil für sie daraus Aufträge und Gewinn quollen. Daß sich nun die Gegensätze zwischen großen und kleinen Unternehmern in Interessengleichheit verwandeln, ist wenig wahrscheinlich. Und dann ist der Glaube, daß durch bloßes Vorhandensein des Kampffonds oder durch Drohung damit die Arbeiter vom Stellen von Forderungen und vom Streiken abgehalten werden, eines Köhlers würdig. Er kann nur einem völligen Mißverstehen der eigentlichen Ursachen der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit entspringen. Einerseits schnellen die Kosten des Lebensunterhalts himmelwärts und im gleichen Maße sinkt der Reallohn des Arbeiters; andererseits wächst die Ausbeutung der Arbeitskraft und — wie die Zahlen der Einkommensteuer zeigen — der Gewinn des Unternehmers. Der Arbeiterkraft die Eringung dessen verwehren wollen, was sie durch die Verteuerung der Lebensmittel verliert, heißt ihr das Interesse an der Berufsarbeit gründlich verderben, heißt die Unsicherheit in der Warenerzeugung dauernd machen. Einen derartigen Zustand kann die Industrie keines Landes lange ertragen, am allerwenigsten die englische, die von der deutschen wie der amerikanischen schwer bedrängt wird. Der Abwehrverein wird mit seinem Plan gerade das

zustande bringen, was er vorgibt, verhindern zu wollen: eine dauernde Erschütterung des industriellen Lebens und die Verschärfung des Klassenkampfes.

Aus dem Gerichtssaal.

Auffallende Neutenherabsetzung. Der Konduktieur Michael Stastny hat am 15. Dezember 1906 in der Station Nimbura einen Verkehrsunfall erlitten, indem er beim Öffnen einer Wagentür vom Wageneintrittsbrett zu Boden stürzte. Er erlitt zahlreiche offene Wunden und verlor das Bewußtsein, welches er erst auf der Klinik in Prag nach einigen Tagen wieder erlangte. Nach nahezu einmonatigem Spitalsaufenthalt trat er in bahnärztliche Behandlung und wurde ihm der Dienst mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand für 1. November 1907 gekündigt. Trotzdem er seit jener Zeit unangefehrt an einem heftigen Krampfleiden laboriert, welches mit Zittern am ganzen Körper verbunden ist, hat die Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen ihm die ihm seit März 1911 zuerkannte 60prozentige Rente auf 36 Prozent reduziert, was monatlich Kr. 52.84 beträgt.

Michael Stastny überreichte gegen diese Neutenherabsetzung durch den Anwalt Dr. Leopold Satz eine Klage auf Neutenherabsetzung. Infolge Antrages des Klagenanwalts wurde ein Sachverständigenbeweis zugelassen und Professor Prohaska in Prag zum Sachverständigen bestellt. Dieser hat nach eingehender Untersuchung des Klägers festgestellt, daß seit März 1911 keine wesentliche Besserung in seinem Zustand eingetreten ist. Er bezeichnet die subjektiven Angaben des Klägers über gestörten Schlaf und Gemütsdepression als glaubwürdig.

Bei der am 10. Oktober vor dem Schiedsgericht unter Vorsitz des Landesgerichtsrates Dr. Frenkwalder stattgehabten Verhandlung beantragte der Klagenanwalt auf Grund dieses Gutachtens die Zuerkennung der früheren Rente. Dem entsprechend hat das Schiedsgericht die beflagte Instanz verurteilt, dem Kläger eine Nachzahlung von Kr. 246.54 für die Zeit seit 1. April d. J. zu leisten und ihm ab 1. November d. J. die frühere 60prozentige Rente im Betrag von monatlich Kr. 88.06 zu bezahlen und die Gerichtskosten zu ersetzen.

Streiflichter.

Reformen im Verkehrsdienst der k. k. Staatsbahnen. Man schreibt uns: Unter diesem Titel erschien in Nummer 20 auf Seite 8 ein Artikel, welcher sich speziell mit der Neuverteilung der Signalleine und Schmiermannen an die Zugsbegleiter beschäftigt. Da aber in dem genannten Artikel einige in dieser Beziehung wichtige Bestimmungen nicht erwähnt wurden, so soll nachstehendes eine diesbezügliche Ergänzung bilden:

Im Amtsblatt der k. k. Staatsbahndirektion Wien vom 21. Mai 1904 wurde im Zirkular 147 eine Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 5. Mai 1904, Z. 19.076/20, veröffentlicht, welche folgenden Wortlaut hatte: „Wenn bei automatisch gebremsten Zügen alle Wagen Handgriffe für die Betätigung der Notbremse haben, braucht die Signalleine nicht gespannt werden, auch zwischen Lokomotive und Dienstwagen nicht.“

Ferner erschien im Amtsblatt der k. k. Staatsbahndirektion Wien vom 20. April 1912 im Zirkular 50 die Bestimmung, daß das Mitführen der Signalleine im Direktionsbezirk Wien zu entfallen hat. Als Ausnahme wurden nur die Züge Wien-Westbahnhof—Heiligenstadt genannt, solange diese nur vom Zugsführer allein begleitet und nur mit einfacher Fußbremse geführt werden. Außerdem bestimmte dieses Zirkular, daß jede Lokomotive mit einer 30 Meter langen Signalleine auszurüsten sei.

Die Bestimmungen dieser zwei zitierten Amtsblätter wurden vom ganzen Zugspersonal mit Beifall zur Kenntnis genommen, weil sie fortschrittlich und vernünftig waren. Die letztere Anordnung blieb jedoch nur fünf Monate in Kraft, denn das Amtsblatt der Direktion Wien vom 21. September 1912 veröffentlichte im Zirkular 185, daß jede Zugsparte mit einer 30 Meter langen Signalleine zu betreiben ist, welche im Dienst stets mitgeführt werden muß. Der Artikel 55 der Vorschriften Nr. XX, welche vom 1. Oktober 1913 gültig sind, bestimmt endlich, daß bei allen Zügen die Signalleine bis zum ersten Bremsposten gespannt sein muß.

Aus diesen fortwährenden Veränderungen und Umdeutungen ist ersichtlich, daß das Personal einzig und allein von den Lannern der betreffenden Referenten abhängig ist und solche Säntanen nur deshalb erdulden muß, weil entweder Unverständnis oder Haß die Triebfedern hiezu sind.

Wenn zum Beispiel bei automatisch gebremsten Zügen seit Mai 1904 bis zum 1. Oktober 1913 auf allen Staatsbahnen ohne gespannte Signalleinen gefahren wurde und in diesem Zeitraum von mehr als neun Jahren nicht ein Unfall zu verzeichnen ist, welcher seine Ursache darin gehabt hätte, daß dem Zugsführer das Verständigungsmittel „Fetter Strich“ fehlte, wenn im Direktionsbezirk Wien bei automatisch gebremsten Zügen fünf Monate lang überhaupt keine Zeile mitgeführt wurde, so hat die Praxis bewiesen, daß dieses eingeleitete Verständigungsmittel nicht nur überflüssig ist, sondern sogar hemmend auf die Regelmäßigkeit des Verkehrs einwirkt.

Das Amtsblatt der Direktion Wien vom 30. Juli 1910 brachte im Zirkular 171 die Bestimmung, daß die Zugsbegleiter die Schmiermannen nicht mehr mitzuführen brauchen und bei Heißlaufen von Wagen das notwendige Schmiermaterial vom Lokomotivführer zu verlangen und der Zugsführer das verbrauchte Quantum zu bestätigen hat. Der Artikel 21 der Vorschriften Nr. XX hebt auch diese Erleichterung der Zugsbegleiter wieder auf, weil Punkt 6 anordnet, daß jede Zugsparte zwei Mannen und eine Blechbüchse mit Hartseif bei jedem Zug mitzuführen muß.

Da nun die jahrelange Praxis in der Wiener Direktion bewiesen hat, daß es mit der Signalleine und auch mit dem Schmiermaterial anders, beziehungsweise besser geht, als die Vorschriften Nr. XX anordnen, so verlangen die Zugsbegleiter folgendes: Jede Lokomotive ist mit einer 30 Meter langen Signalleine auszurüsten, wovon ein bis zum ersten Bremsposten reichender Teil gespannt und der übrige Teil in der Werkzeuggeste zu deponieren ist. Das Schmiermaterial ist im Bedarfsfalle unter Beachtung der oben geschilberten Modalitäten von der Lokomotive zu entnehmen. Die im Besitz der Zugsführer befindlichen Knallkapseln sind abzunehmen, da ohnehin jede Lokomotive mit vier Stück solcher Kapseln ausgerüstet ist, welche bei einer Zugbedeckung nach vorn zu verwenden sind. Außerdem ist während der Heizperiode jede Lokomotive mit einem Schlußhahn auszurüsten, welcher bei Beginn des Heizens von dort zu entnehmen und nach Beendigung desselben zurückzugeben ist.

Da kein Zug ohne Lokomotive verkehren kann, so kann auch kein Fall eintreten, daß entweder die Signalleine, das

Schmiermaterial, die Anstaltskapseln oder der Schlupfhahn fehlen würden.

Wenn also der Rückschritt, welchen die neuen Vorschriften Nr. XX in dieser Beziehung gemacht, wieder ausgeglichen werden soll, so gibt es nur diesen von uns gezeigten Weg. Da ferner auch die Lokomotivmannschaft keinen stichhaltigen Grund gegen die Zuweisung obiger Ausstattungsgegenstände vorbringen kann, weil eine Mehrarbeit damit nicht verbunden ist und auch der Bahnverwaltung dadurch keine Kosten erwachsen, sondern sogar Ersparnisse erzielt würden, kostet die ganze Sache nur einen Federstrich, vorausgesetzt, daß am maßgebenden Platz der gute Wille dazu vorhanden ist.

Ein offenes Wort an die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner Oberösterreichs! Aus Eisenbahnkreisen gehen uns nachstehende Zeilen zu: Am 12. Oktober begann in allen Wägen Österreichs unter den Vertrauensmännern unserer Partei ein lebhaftes Treiben. Neue Parteimitglieder sollen uns angeführt werden aus den Reihen der Indifferenten, welche dem Kampf noch fernstehen, aus den Reihen unserer Gewerkschafter, aus den Gewerkschaftern, welche sich ganz klar sind, welchen Wert ihre Berufsorganisation hat und welche Vorteile für sie aus derselben herausgeholt werden. Zu einer Kategorie, welche auf dem Standpunkt des „nur Gewerkschafts-Mitglied“ stehen, gehört zweifellos ein Großteil unserer Eisenbahner. Abgesehen davon, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder mit unserem Parteiprogramm nicht einverstanden wären, o ja, jedoch wird die Grundlage unseres politischen Wirkens, die politische Organisation, als etwas Nebensächliches und als Aufgabe der Arbeiterkraft in den Privatbetrieben betrachtet. Und gerade die Eisenbahner sind es, welche das größte Interesse an dieser Sache haben sollten. Nur zu gut wissen wir, welche großen Kampf wir um die Erfüllung unserer wirtschaftlichen Forderungen zu führen haben, welchen Verrat die bürgerlichen Parteien — die Christlichsozialen und Deutschnationalen — an dieser gerechten Sache begangen haben. Nur durch die Weisheit unserer sozialdemokratischen Abgeordneten sind wir so weit gekommen, daß die Regierung gezwungen wurde, mindestens teilweise unsere Forderungen zu erfüllen. Ist den Eisenbahnern nicht die Jagd nach ihrem Koalitionsrecht bekannt? Ist ihnen der Zuchtparagrafen des bekannten Kron, welcher in Oberleutensdorf mit 3438 Stimmen gewählt wurde, in Erinnerung? Welche Konsequenzen glauben unsere Gewerkschafter außer ihren gewerkschaftlichen zu ziehen? Wohl nur die, daß sie sich bis auf den letzten Mann der Parteioffiziation anschließen, daß sie sich zum Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratie bekennen, daß das Klassenbewußtsein in ihnen erwacht, daß sie sich um das sozialdemokratische Parteiprogramm besser kümmern als bisher. So eng Partei und Gewerkschaft miteinander verbunden sind, so selbstverständlich der Zusammenhang derselben ist, so müssen wir uns doch bewußt sein, daß gerade durch die politische Organisation die Wahlforderungen zu schlagen sind, wo die Arbeiterkraft ihre Vertreter in die gesetzgebende Körperschaft zu entsenden hat, um dort für ihre wirtschaftlichen Forderungen auch bindende Gesetzeskraft zu erreichen. Mit Recht verweist der lehrerliche „Sozialdemokrat“ auf den traurigen Gegenstand, daß es in Oberösterreich von 14.000 Gewerkschaftern bloß 5000 politische Kämpfer gibt, und mit Recht kann gesagt werden, daß von den 2682 gewerkschaftlich organisierten Eisenbahnern Oberösterreichs kaum 40 Prozent politisch organisiert sind. Hier sprechen die Zahlen; hoffen wir, daß es besser wird. Also, Eisenbahner, Gewerkschafter! Hinein in die Partei, gegen die Stappenspolitik des Eisenbahnministeriums, gegen die wahnwitzigen Forderungen des Militarismus, gegen die Hochschulpolitik, gegen das koalitierte Unternehmern- und Agrarierum! Es lebe die Kraft und der Trost und mit ihnen die sozialdemokratischen Eisenbahner Oberösterreichs!

Aus dem Triester Direktionsbezirk. (Ueberrichte eines Kontrollors.) Wesen das überspannte Gehirn eines Kontrollors fähig ist, zeigt folgende Geschichte. — Ein Kontrolleur wurde feinerzeit zum Stationsdienst versetzt, und zwar infolge einer Disziplinaruntersuchung. Er hat dort bereits ein Jahr la dellos seinen Dienst als Magazinsaufseher versehen. — Nun wurde aber ein Aushilfsmagazinsaufseher von Rinquente nach Dignano versetzt, und diesem mußte Jeroschek weichen, und zwar auf Anordnung des allmächtigen Kontrollors Zirkonig. Dieser hat den Jeroschek kurzerhand zum Stationsarbeiter degradiert, ohne daß sich letzterer auch nur das geringste hätte zuschulden kommen lassen.

§ 40 der Dienstordnung spricht von den gewährleisteten Rechten der Bediensteten. Dieser Paragraph enthält die Bestimmungen, wonach den Bediensteten folgende Rechte gewährleistet sind:

- 1. Der Verbleib in der Bedienstetenkategorie, welcher sie angehören.
 - 2. Die dauernde Verwendung auf einem der Bedienstetenkategorie entsprechenden Posten.
 - 3. Die Unzulässigkeit der strafweisen Entfernung, außer im Wege des ordentlichen Disziplinarverfahrens.
- Nun greift man sich an den Kopf und fragt sich: wie kommt denn der Kontrollor Zirkonig dazu, einen Bediensteten so ohne weiteres zurückzusetzen, wo doch von der Direktion über die Verwendung des Mannes nichts verfügt wurde.
- Wenn ein Bediensteter einmal irgendeinen Punkt der Vorschriften nicht einhält, hat er drakonische Strafen zu erwarten. Hier aber sieht man Direktionsorgane, die die Vorschriften mit Füßen treten, um an einem Bediensteten sein Köpfchen zu füttern.

Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, um dem Mann zu seinem Recht zu verhelfen, und die Direktion veranlassen, Herrn Zirkonig über seine Kompetenz zu belehren.

An die Adresse des „Lokomotivheizer“! Der „Lokomotivheizer“, Organ der österreichischen Lokomotivheizer, offizielles Organ des Unterstützungs- und Rechtsschutzvereines österreichischer Lokomotivheizer, ist doch ein zu pudriger Kerl; fühlt sich als der Nabel der Welt, bläht sich auf, schimpft und schreit, dienernt und läsenbündelt nach oben hin, kurz benimmt sich wie jener Liebling der Minder im Zirkus, der die postierlichsten Sprünge macht und der auch manchmal ersten Leuten ein Köpfchen entlocken kann. Die Nummer 10 des in Wien erschienenen und in Brünn unter Ausschluß der Öffentlichkeit herausgegebenen „offiziellen Organs“ ist ein typischer Beweis dafür, daß der kleine Clown nahe daran ist, überzuschnappen. Da der „Lokomotivheizer“ doch nicht immer das Hühnelchen des einzigen, unvergleichlichen Herrn Belcic und seiner außerordentlichen Verdienste um die Heizer im Leitartikel zeigen kann (die paar Selben wissen es ja schon — und die anderen glauben es ja doch nicht), so wird als Wichtiges geschwind ein anderer Verein, der an die alleinigmachende Kraft des Heizervereines nicht glauben will, auf die postierlichste Art heranzugepöbeln, dann kommen, eine Bitte und eine eigene Anfrage als „energetische Interessenvertretung“ des Heizerpersonals, dann wieder Geschimpfe und eine kleine Denunziation über Leute, die klug genug waren, die ganze Komödie des Heizervereines und seines Machers zu durchschauen und sich mit Abscheu abwendeten, und wieder in Ver-

einsnächrichten die Verherrlichung des Herrn Belcic und des Lehrers Weber.

Das nennt sich „energetische Interessenvertretung“ und will ernst genommen werden! Es ist geradezu ekelerregend, in welcher liebdienerischen Weise die Herrschaften die sogenannte Interessenvertretung betreiben. Es hat vielmehr den Anschein, daß die Berufsfragen der Lokomotivheizer, und es sind deren gewiß nicht wenige, durch eine solche Vertretung geradezu herabgewürdigt werden. Die Kategorie der Lokomotivheizer verdient es gewiß nicht, daß sich Leute vom Schlage Weber und Belcic als ihre Sachwalter aufspielen, und wäre den Heizern zu wünschen, daß überall so wie in Wien-Nordbahn, wo die Heizer Gelegenheit haben, das demagogische Spiel dieser Herren zu durchschauen, die Einstich Fluch greift, daß nicht der Motorenverein imstande ist, Verbesserungen zu erlangen, sondern daß nur der einige feste Wille der Gesamtheit des Eisenbahnproletariats, festgefügt in einer großen, starken Organisation, es möglich macht, auch für die einzelnen Dienstgruppen jene Verhältnisse zu schaffen, die eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. Die Herren schlagen ein großes Lamento an, daß sich eines ihrer ehemaligen Mitglieder vom Verein den Kronenstempel für ein Gesuch zahlen ließ und trotzdem heute vom Heizerverein nichts mehr wissen will. So eine Unanständigkeit. Und noch dazu geht dieses frühere Mitglied her und tritt der Gewerkschaft bei. Na, lieber Schaffer! Weißt du denn nicht, daß die Mittel des Heizervereines in allererster Linie für die kostspieligen Reisen der „Macher“ bestimmt sind? Wenn schon in Wien die Heizer von der Vortrefflichkeit des Vereines und seines Lehrerektors nicht zu überzeugen sind, so muß doch dem Herrn Lehrer wenigstens in der Provinz die Gelegenheit geboten werden, seine pädagogischen (!) Kenntnisse zu verwerten. Für Wien hat man sich ein anderes Mittel zurechtgelegt. Weil die Heizer vom Verein nichts mehr wissen wollen, so greift man zum schmutzigen Mittel und denunziert diejenigen, denen das Interesse der Heizer, ihre Behandlung, Dienstverhältnisse, Turnusse, Ruhezeiten u. s. w. nicht einerlei sind und die sich auch ernstlich bemühen, geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Gerade bei der Nordbahn in Wien, wo der große Rhetoriker Weber son., der gewiegte Sachkenner in Heizerfragen Lehrer Weber jun. und der allesüberwiegende, besonders in Elektrizitätsfragen meisterrhafte Belcic wirken, gerade dort, wo man am schönsten Denunziationen anbringen kann, gerade dort soll der Heizerverein abgewirtschaftet haben? Es ist zum Ritzelbaum schlagen!

Komm' einmal her, Heiner gelber Clown, puß dir's Kaiser! und sage mir, warum du eigentlich heulst?

Du hast dir einen relativ gut gezahlten Obmann gewählt, hast einen Sekretär, der viel in der Welt herumreist, hast deine Einnahmen, die dazu gerade langen, und hast ja auch noch einige Mitglieder, die dir leider noch Glauben schenken. Was willst du also noch mehr? Du hast doch, wie du sagst, „große Erfolge“ erungen? Oder glaubst du selber nicht daran, daß das deine Erfolge sind? Daß es nicht alle Heizer glauben, ist doch nicht deine Schuld! Hat vielleicht gerade das große Geld, das du mit deinem Selben Belcic machst, die Leute, die dich und den Herrn Belcic kennen vor euch weggetrieben? Du schimpfst und jareist herum und dadurch werden die Leute gerade auf deine Nichtigkeit aufmerksam. Sei froh, daß es noch immer Leute gibt, die an deine Demagogie glauben und dir damit Gelegenheit geben, deine Existenz als „offizielles Organ“ weiterzukristen.

Der abgebliebene Gezeitschner. Aus Bodenbach wird uns geschrieben: Das Protektionskind des Abgeordneten Sene ist über den möglichen Versuch, die am 19. September stattgefundene Eisenbahnerversammlung zum Gaudium des Inspektors Allerhand und anderer Fantiemencipader zu verwenden, um die Gunst dieser Herren dem „gelben Reichsbund“ zu sichern, ganz wütend, und so bemüht er sich in einem anderthalb Spalten langen Artikel des „Reichsbund-Blattes“ Nr. 28 vom 1. d. M., die Versammlung selbst zunächst als eine Abfuhr der Sozialdemokraten hinzustellen und dann unter trampfhaften Bindungen die den versammelten Werkstättenbediensteten von ihm zugefügte schwere Beleidigung zu entschuldigen. Es fällt uns nicht im Traum ein, auf das alberne Gefasel des gelben Moriz näher einzugehen, und zwar um so weniger, als er samt seinem „Reichsbund“ in der Werkstätte der k. k. Staatsbahnen in Bodenbach verteuelt wenig zu suchen hat, und weil selbst diese wenigen Mitglieder des „Reichsbundes“ gegen das provozierende Auftreten Gezeitschners in der Versammlung protestierten. Daß er keine blaße Ahnung hat, wie die Versammlung zustande kam, beweist schon der Umstand, daß er gleich im ersten Absatz seines konfuslen Geschreibsel von „vereinigte Organisationen“ redet. Gezeitschner kann übrigens vom Glück reden, daß er nicht an die Luft gefeht wurde. Die Erregung der Versammelten gegen ihn war eine derart erbitterte, daß ihm das sicherlich passiert wäre, wenn nicht von Seiten des Präsidiums als auch einer Reihe anderer sozialdemokratischer Vertrauensmänner mit aller Energie beruhigend eingewirkt worden wäre. Die Versammlung verlangte jedoch immer wieder stürmisch seine Entfernung vom Rednerpult, das er schließlich, da ihn niemand mehr anhören wollte, auch verlassen mußte. Erst dann trat wieder Ruhe ein. Gezeitschner hätte besser getan zu schweigen, denn das Gelläse dieses den Vgertmannen mündenden Libuschaßohnes, der in dieser Versammlung gehörig hincingeklumpt ist, kann Eingeweihte durchaus nicht irren machen. Mit seinen Darstellungen kann er nur Herrn Allerhand und der Bahnverwaltung einen Dienst erweisen, was er offenbar auf diesem Weg zu erreichen hoffte, da es ihm in der Versammlung selbst nicht gelang. Die Werkstättenbediensteten werden die ihnen in öffentlicher Versammlung von Gezeitschner zugefügte Beleidigung nie vergessen und auch in Zukunft zum Leidwesen Allerhands samt seinen Trabanten sich diesen gelben Kapitalistenfuchling und Versammlungsförderer hübsch weit vom Hals zu halten wissen.

Nichtigstellung. In Nummer 29 vom 10. Oktober d. J. hat sich in unserem Fachblatt in der Rubrik „Streiflichter“ auf Seite 7, Spalte 3, ein Druckfehler eingeschlichen. Richtig soll es heißen: Magazinsaufseher Snetet und nicht Bahnmehreter.

Korrespondenzen.

Jägerndorf. (Seizhaus.) Unter dem Protektorat des Heizhauswerkstättenvorstandes Herrn Inspektor Rauch hat sich ein Konfartium gebildet, dessen Zweck die Ausbeutung der Arbeitskraft des Heizerpersonals ist. Um nun einen Arbeiter zu ersparen, wurde angeordnet, daß der Heizer den Tender selbst ausrüsten, das heißt das Ausschütten der Kohlenförbe selbst besorgen muß. Ebenso wurde das Anschliff, welches zum Einsetzen der blanken Maschinenbestandteile verwendet wurde, entzogen. Wir sind neugierig, was die Herren sagen, wenn bei der Revision verrostete Bestandteile gefunden werden. Ob sich einer dieser tantiemenhungrigen Gesellschaft dann finden wird, der den Mut aufbringt, um zu sagen: „Wir haben dies angeordnet, um höhere Tantiemen für uns herauszuschlagen!“ bezweifeln wir sehr. Wenn in Jägerndorf das Lokomotivpersonal wie ein Mann gegen die übermäßige Ausbeutung der Heizer protestieren würde, dann möchte mancher dieser Herren das gesamte Personal besser und menschlicher behandeln. Solange es Leute gibt, die vor lauter Unterwürfigkeit vor dieser Gesellschaft förmlich auf den Bauch kriechen, so lange

wird auch das Personal keine andere Behandlung erreichen. Nur Männer sind imstande, sich Recht und Achtung durch Einigkeit zu erzwängen, aber niemals Kriecher.

Billach. (A. f. Staatsbahn. — Todesfall.) Am 2. Oktober wurde unser Kollege Boham Sufitti unter zahlreicher Beteiligung zur ewigen Ruhe gebettet. Genosse Sufitti war nicht nur jederzeit ein guter Familienvater, sondern auch ein Muster eines treuen und überzeugten Parteigenossen. Trotz der mannigfachen Kaderfische, die er von seinen Vorgesetzten erdulden mußte, blieb Sufitti stets seiner Heberzeugung treu. Der Verstorbene hinterläßt eine trauernde Witwe mit fünf Kindern, unversorgten Kindern. Wir werden dem Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Angebenken bewahren.

Meslach. (Tödlcher Hufall.) Der Oberbahnarbeiter Weichsler, welcher ausbissweise als Wasserheber am Kran bedienen mußte, wurde am 27. September um 11 Uhr nachts von dem durchfahrenden Schnellzug erfaßt und derart verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Weichsler war in der Nacht damit beschäftigt, die von der Lokomotive ausgelassene Ache aus dem Kanal herauszuholen. Hierbei wurde er von der Maschine erfaßt und getötet. Ob nicht diese Arbeit in der Station Meslach auch ebensogut bei Tag besorgt werden könnte?

Schwarzach-St. Veit. In der Station Schwarzach-Sankt Veit, welche in den Sommermonaten sehr stark frequentiert ist, zeigen sich oft sehr interessante Bilder, welche für Kinomaufnahmen sehr geeignet wären. Der Herr Stationsvorstand Kelerlechner gebärdet sich oft wie ein Narr. Auch kann es dieser Herr nie unterlassen, wenn sich das Publikum in der Nähe befindet, das Personal anzureden. So schrie er einem Lokomotivführer, weil er nicht momentan von der Stelle kam, zu: „er möge sich das Fahren lernen lassen“. Besser aber wäre, wenn Kelerlechner sich etwas lernen ließe. Jeder Verschieber, welcher erst einige Monate bei der Bahn ist, könnte ihn instruieren, daß die Verbundmaschinen Serie 9 bei ganz offenem Regulator mehrere Sekunden benötigen, bis selbe sich in Bewegung setzen. Wir wissen ganz gut, daß dieser Herr es nur darauf abgesehen hat, durch sein Frotzeln das Personal zum Jorn zu reizen, um dann eine Anzeige, in welcher sehr wenig Wahrheit zu finden ist, erstatten zu können.

Einer löblichen k. k. Staatsbahnerverwaltung möchten wir raten diesen nerösen Herrn Vorstand an einen ruhigeren Posten oder auf einige Zeit in eine Werkstätte zur Heilung zu geben.

Süttelfeld. (Werkstätte.) Der Aushilfsmehreter Schramm erlaubte sich vor einiger Zeit einem alten Arbeitskollegen gegenüber zu erklären: Wenn S nicht schon Interbeamter wären, hauert ich Ihnen eine Fogen herunter, Sie Kerl! Da muß man sich doch fragen, ob ein solcher Bildungsgrad schon bei der Intelligenzprüfung nachgewiesen werden muß. Herr Schramm ist wahrscheinlich der Meinung, daß er nicht nur seine Arbeiter, sondern auch seine eigenen Kollegen hübsch behandeln darf. Nur noch einige solche Anträge und an Herrn Schramm wird sich erfüllen, was er anderen vermeint.

Weipert. Wir haben in einer früheren Nummer unseres Blattes auf die Mißstände in der Station Weipert hingewiesen und bei dieser Gelegenheit auch das denunziatorische Wesen des Magazinsmeisters Eberl kritisiert. Wir hofften, daß Eberl, der so viel „Dreck am Stecken“ hat, den Wind mit dem Zaunpfahl verstehen und sich aus berechtigtter Vorsicht sehr weit zurückziehen wird. Eberl hat unsere Warnung entweder nicht beachtet oder glaubt, daß er seine vielfachen unkorrekten Handlungen durch Denunzieren und Heucheln bedecken will. Eine seiner Handlungen war die Aufschwärzung des Stationsarbeiters Loos, der ein Opfer der Ehrenbläse der des Magazinsmeisters wurde. Loos war ein fleißiger und verwendbarer Arbeiter, der sich nicht das geringste zuschulden kommen ließ. Für Eberl war er jedoch ein unangenehmer Beobachter, der alle Maschinen mit offenen Augen durchschaute. Eberl konnte deshalb in manchen Fällen nicht so schalten und walten, wie es ihm seine Hab- und Nachier diktirte. Darum mußte eine unwahre Geschichte erfunden werden, um den Stationsarbeiter Loos wegzubringen. Um die Existenz einer Familie zu vernichten, dazu ist Eberl der richtige Mann. Er kennt weder Gewissen, noch sonstige Begriffe. Loos war ihm bei seiner fragwürdigen Manipulationen im Weg; darum weg mit ihm. Magazinsmeister Eberl, frohlocken Sie nicht zu früh. Es gibt noch viele Augenpaare in Weipert, die Sie in und außer der Station genau beobachten. Wir kennen Ihre ganze Vergangenheit und Ihre „latente“ Laufbahn bei der B. G. B. Wenn Sie wieder einmal über etwas stolpern, werden Sie keine Freunde mehr finden, die Ihnen aus der Klemme heraus helfen.

Görz. (Ueberstundenarbeitsentlohnung.) Die Baudirektion der Südbahn. Seit dem 12. Juni 1913 befindet sich der Adjunkt der Bahnerhaltungsektion Görz, Herr August Stibene gg, im Krankenstand. Nach dessen Erkrankung wurde der Baudirektion der Südbahn hieron die Meldung erstattet und vom Herrn Sektionsvorstand der Bahnerhaltungsektion Görz — im Einverständnis mit dem Assistenten Herrn B. und Bahnmehreter für Konzeptions Anton Mozetic — der Antrag gestellt, daß die beiden Genannten für die Zeit der Krankheit des Adjunkten Herrn Stibene gg dessen Gehalt durch Ueberstundenarbeit verrichten und nach Genesung, respektive Dienstantritt des letzteren für die Mehrleistungen zu einer angemessenen Remuneration beantragt werden.

Kurze Zeit darauf kam von der Baudirektion die erfreuliche Bescheid, daß für die durch Ueberstunden geleisteten Arbeiten Nachweisungen (Rechnungen) vorzulegen seien. Mittheilung hat die Baudirektion den Antrag des Herrn Sektionsvorstandes einfach abgelehnt, worauf die diesbezüglichen Rechnungen für die besprochenen Leistungen für die Dauer vom 18. Juni bis 30. September 1913 der Direktion in Vorlage gebracht wurden.

Nun hat sich die Baudirektion veranlaßt gefunden, diese Rechnungen derart herunterzurestringieren, daß der anscheinende Ueberstundenentlohnungsbetrag außerordentlich herabgesetzt wurde. Dem Bahnmehreter Mozetic wurden 40 Kr. — sage vierzig Kronen für über 2 1/2 Monate geleistete Ueberstundenarbeit in Abzug gebracht. Mittels einer eingehend begründeten Eingabe wurde nunmehr die Baudirektion um volle Auszahlung der in den Rechnungen ausgewiesenen Ueberstundenentlohnungsbeträge gebeten.

Darauf kam ein langer und breiter Baudirektionserlass, laut welchem die Streichungen in den Rechnungen, mit Bezug auf allerhand Rücksichtnahmen, Zufürhaltungen, Ansprüchen und eine weitere Menge von in Betracht zu ziehenden Erörterungen sich berufend, als zu Recht bündelnd erklärt wurden.

Die Angelegenheit hat die Baudirektion außerordentlich ökonomisch gepakt und unter einem Hargelegt, daß dem Bahnmehreter Mozetic der Betrag von täglich 33 Kr. hohen Ranglohnpauschale von verrechneten Ueberstunden in Abzug gebracht wurde, die verrechneten Ueberstunden per 1 Kr. wurden ihm auf 80 Kr. mit der Motivierung herabgesetzt, daß einem Unterbeamten 80 Kr. und nicht 1 Kr. per Stunde gebührt. (Eine diesbezügliche Bestimmung ist aber in keinem Zirkular bis heute ersichtlich gemacht worden.)

Das Tagierungsamt der Baudirektion hat sich daher bestimmt gefunden, eine von einem Unterbeamten geleistete Beamtenarbeit als minderwertig zu bezeichnen, obwohl zum Beispiel ein Krankenzettel von einem Unterbeamten genau so ausgefüllt werden muß, wie ihn ein Beamter zustande bringt. Die Arbeit wurde als minderwertig aufgenommen und damit basta! weil es das heutige System so vorschreibt.

Weiters beruft sich die Vaudirektion in dem in Rede stehenden Erlaß auf den § 39 der allgemeinen Dienstordnung...

Der § 39 der allgemeinen Dienstordnung, welcher seinerzeit vorzüglich ausgefüllt wurde, welchen man auf allen Ecken ausdehnen kann...

Falls gleich nach Erkrankung des Adjunkten Herrn Sübenegg als Substitut für denselben ein Adjunkt gekommen wäre...

In der Streichung der Schreibpauschale von 33 S. täglich bei dem Bahnmeister Mozetič in seiner Rechnung erscheint eine doppelte Abzählung...

Der Bahnmeister Mozetič erhält ja nur für seine ihm zukommende Arbeit sein ihm gebührendes Kassepauschale; keineswegs hätte daher die Vaudirektion das Recht...

Auf Grund der vorstehend angeführten Tatsachen werden hiemit familiäre im Kasseidienst stehenden Genossen Bahnmeister gewarnt...

Gänserndorf. Unter Hinweis auf den § 10 des österreichischen Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung: In Nummer 27 des genannten Blattes vom 20. September wird unter der Marke: Gänserndorf...

Wien, am 25. September 1913. R. Teifer. Es genügt zu wissen, daß Herr Teifer die Versammlung einberufen hatte.

Neuern. (Todesfall.) Am 1. Oktober wurde unser treues Mitglied Johann Schmiedpeter zu Grabe getragen. Wir danken auf diesem Wege im Namen der Hinterbliebenen allen jenen...

Wolfsberg. Wir erhalten folgende Berichtigung: Mit Bezug auf den § 19 des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme der nachstehenden Berichtigung des in Nummer 27 des von Ihnen redigierten Blattes unter dem Motto: Wolfsberg...

Kapfenberg. (Landesbahn.) Die Zustände auf dieser Bahn werden täglich unerträglich. Betriebsleiter Matusek führte sich ein Heer von Denunzianten und Zuträgern ein; diese werden angestellt und befördert...

Märzschußlag. (An meine Berufscollegen und Parteigenossen!) In der „Grazer Tagespost“ vom 2. Oktober und im „Obersteirerblatt“ vom 4. Oktober 1913 stand je ein Bericht über die gründende Versammlung des Deutschen

Rechtsschutz- und Wohlfahrtsvereines in Märzschußlag. In diesen Berichten wird unter anderem geschrieben, daß meine Benützung in den Ausschuß dieses Vereines gewählt wurde...

Märzschußlag, am 10. Oktober 1913. Anton Fuhr, Kondukteurzugsführer der Südbahn.

Märzschußlag. Unsere Genossen Eisenbahner können, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in aller kürzester Zeit einer besseren Zukunft entgegensehen. Am 4. Oktober 1913 erschien im „Obersteirerblatt“ ein Bericht über die Gründung eines Deutschen Rechtsschutz- und Wohlfahrtsvereines...

Als Proponenten erscheinen die Lokomotivführer Fritz Senne, Johann Berjoh, die Lokomotivführerassistenz Franz Karwath, Julius Kirzschhofer und der Lokomotivführer Alois Rudl. Es muß nun festgestellt werden, daß die Proponenten Karwath und Kirzschhofer nicht Franz und Julius, sondern Leopold und Karl heißen...

Unsere Berufscollegen, welche die Verhältnisse und den Zusammenhang dieser Sache genügend kennen, werden sich bei etwas näherer Betrachtung derselben sofort klar sein, daß ein Senne, Berjoh, Blazicek und Konferenzen mit der Gründung dieses Vereines nichts anderes meinten, als dem Drange der deutschnationalen bürgerlichen Gesellschaft von Märzschußlag im Kampfe gegen die sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner einen Liebesdienst zu erweisen...

Wenn wir die Handlungsweise des Bürgermeisters einer Kritik unterziehen, so desto berechtigter, da die Versammlungseinladungen durch den Gemeindevorstand Junger den einzelnen Leuten zugestellt wurden; ob die Gemeindevorstände hierfür bezahlt werden, um privaten Vereinen Dienste zu leisten, ist eine andere Frage...

Unsere Genossen sind es schon gewohnt mit solch seifenblasenförmigen Gegnern zu kämpfen, insbesondere mit Gegnern, die es ob ihrer streberischen Veranlagung mit uns nicht ehrlich meinen und von den Existenzverhältnissen keinen blauen Dunst haben.

Unsere Genossen werden daher gut tun, unsere Gegner mit der ihnen gebührenden Behandlung zu begnügen, insbesondere Geschäftsleute, welche gegen uns auftreten, zu meiden.

Amstetten. Wir sind gezwungen das Treiben eines Mannes etwas näher zu beleuchten, den die k. k. Staatsbahndirektion Villach auf einen Posten gestellt hat, auf den er infolge seines Benehmens einfach nicht paßt. Dieser Mann ist der Vorstand in Gilm-Kematen. Es liege sich über den guten Mann so manches sagen, aber wir wollen vorläufig nur einen einzigen Fall herausgreifen...

Wir wollen uns mit diesem Intelligenzler zweifelhaftester Sorte nicht weiter befassen, aber die k. k. Staatsbahndirektion machen wir auf diesen an allerlei fontänen übeln Gewohnheiten leidenden Menschen aufmerksam. Wir können nämlich nicht glauben, daß es zu den Pflichten eines Arztes gehört, sich von irgendeinem Gernegroß in Ausübung seiner Berufspflichten dremreden und sich in der ordinärsten Weise anlegen zu lassen...

Berichtungsberichte

Mährisch-Odrau-Oberfurt. Am 7. d. M. erstatteten die Mitglieder der Personalkommission Genosse Kupnik und Blazicek in einer massenhaft besuchten öffentlichen Eisenbahnerversammlung den Bericht über die Tätigkeit dieser Institution. Die Redner besprachen insbesondere die Gefährlichkeit der von der k. k. Staatsbahnverwaltung teils bereits durchgeführten, teils geplanten personalfeindlichen Maßnahmen...

ber Dienstordnung unter großer Erregung angehört und die in dieser Hinsicht geplanten Abwehrmaßnahmen unter stürmischen Beifall aufgehoben. Die Versammlung protestierte zum Schluß in einer Resolution auf das entschiedenste gegen alle das Personal schädigenden sowie die verbrieften und erworbenen Rechte verletzenden Verfügungen...

Mit der gleichen Tagesordnung fanden noch gut besuchte Versammlungen statt in Lundenburg am 4. Oktober, Meferentz Galle, in Brünn am 4. Oktober, Referent Kupnik und Knopp, in Bielitz am 5. Oktober, Referent Kupnik und Knopp, in Krakau am 6. Oktober, Referent Kupnik, Kluczka und Hebel, in Olmütz am 6. Oktober, Referent Knopp und Leiß. Bei allen diesen Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen zum Beschluß erhoben.

Prerau. (Lokomotivpersonalkonferenz.) Am 25. September d. J. tagte in Prerau eine Konferenz der Lokomotivpersonals der Nordbahn, wobei sämtliche Heizhäuser durch 32 Delegierte vertreten waren. Der Lokomotivführerverein war durch den Obmann Genossen Smeytal und den Sekretär Genossen Kuzicka vertreten. Als Vertreter der Gewerkschaft war Genosse Koranda anwesend. Auch war das Personalkommissionsmitglied Genosse Papp anwesend. In den Vorjahren wurden gewählt die Genossen: Schubert (Ostau), Vorsitzender, Wessely (Wümm), Stellvertreter, Bed (Prerau), Schriftführer. Der Vorsitzende eröffnete die Konferenz und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Abschaffung der Leistungsprämie und Einführung der Standsbehaltsprämie...

Die anwesenden Delegierten gelangten zu der Ueberzeugung, daß das Personalsystem B der Nordbahn die schwerste Schädigung des daran partizipierenden Personals in sich birgt, da in keinem anderen Personalsystem derart schwerwiegende Schädigungen und Rechtsbrüche aufzuweisen sind. Ein definitiver Beschluß über diesen Punkt wurde einer von den kooperierten Vereinen einzuberufenden Reichskonferenz überlassen. An der Debatte über Punkt 3, „Strafsystem“, beteiligten sich fast sämtliche Delegierte und schilderten das Strafsystem in den einzelnen Heizhäusern. Die verschiedenen Redner brachten an der Hand von Daten den Beweis, daß durch das herrschende Strafsystem die Willkürherrschaft der einzelnen Heizhausleiter auf den Nordbahnhöfen in direkte Barbarei ausartet...

Wir wollen uns mit diesem Intelligenzler zweifelhaftester Sorte nicht weiter befassen, aber die k. k. Staatsbahndirektion machen wir auf diesen an allerlei fontänen übeln Gewohnheiten leidenden Menschen aufmerksam. Wir können nämlich nicht glauben, daß es zu den Pflichten eines Arztes gehört, sich von irgendeinem Gernegroß in Ausübung seiner Berufspflichten dremreden und sich in der ordinärsten Weise anlegen zu lassen. Ihnen Herr Stationsleiter von Gilm-Kematen raten wir, wenn Sie es schon nicht lassen können, mit solchen Manieren aufzutreten, so sehen Sie sich wenigstens die Leute mit denen Sie gerade zutun haben genau an, sonst könnten Sie noch üble Erfahrungen machen.

Zum Punkt 2. Es wurde beschlossen, daß die Belastung der Züge bis zu 1450 Tonnen entfallen, hingewiesen. In sachkundiger Weise brachten die einzelnen Redner zum Ausdruck, daß die neuesten Lokomotivtypen diese Belastungen in den Steigungsstrecken gewiß erträglich, jedoch die Bürgschaft für ein rechtzeitiges oder umhergefahrenes Anhalten dieser Züge in Gefällstrecken direkt ausschließen. Die wiederholten erfolglosen Proben seitens der Direktionen haben ergeben, daß die Pfeifensignale der Lokomotiven unter den günstigsten Umständen im Höchstfalle bis zum fünfzigsten Wagen vernehmbar sind. Die enorme Länge der derzeit 1450 Tonnen befördernden Züge, welche unter Umständen mit 70 Wagen noch nicht die Maximallast erreichen, haben zur Folge, daß in dem rückwärtigen Zugteil die gegebenen Signale mit der Dampfpeise nicht gehört werden, infolgedessen das Zugpersonal die erforderlichen Anhalten zum rechtzeitigen Anhalten nicht treffen kann. Genosse Kuzicka warnte vor der Unterschrift der derzeit üblichen allgemeinen Befehle und deren Beilagen, welche den Vermerk: „Lokomotivführer mit Belastung von 1450 Tonnen einverstanden“ tragen, mit der Begründung, daß sich der unterfertigende Lokomotivführer für alle auf Grund dieser Belastung sich ergebenden Anstände im vorhinein verantwortlich macht und gegebenenfalls sich auf Grund dieser Unterschrift dem Staatsanwalt direkt ausliefern.

In dieser Angelegenheit wurde folgendes Telegramm an die hohe Generalinspektion abgesendet: „Mit Bezug auf die demalsten auf der Strecke Ostau-Wien unternommenen Versuche, Züge mit einer Belastung bis zu 1450 Tonnen und überdies mit Außerachtlassung der vorhandenen Vorschriften zu befördern, sehen sich die Konferenzteilnehmer veranlaßt, dies zur Anzeige zu bringen und bitten, diese Proben, respektive Beförderungen einer geeigneten Kontrolle zu unterziehen, da selbst nicht nur eine eminente Gefahr für die Bediensteten, sondern vor allem für die Allgemeinheit bilden. Zugleich bringt die Konferenz die Gefahren, welche aus diesen enormen Belastungen entstehen, einem hohen k. k. Eisenbahnministerium und der Nordbahndirektion zur Kenntnis und entledigt sich auf diese Art das Lokomotivpersonal der Verantwortung bei eventuellen Unglücksfällen.“ Zum Punkt 3. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz mit örtlichen Angelegenheiten der einzelnen Heizhäuser, welche zum Großteil dem Personalkommissionsmitglied Genossen Papp übermittelte wurden. Zugleich wurde der Antrag, jährlich eine Vertrauensmännerkonferenz der Nordbahn einzuberufen, angenommen. In dem Schlusswort forderte Genosse Schubert in warmen Worten den Ausbau und die Kräftigung des Vertrauensmännerstems und schloß um 6 Uhr abends die Konferenz.

Wüststein. Am 5. Oktober fand hier ein gut besuchte Versammlung der Oberbauarbeiter statt, in welcher die Einführung der zweijährigen Vorrückungsstrafen und die früher bestandene Arbeitszeit in den Wintermonaten (von 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends) neuerlich gefordert wurde.

Der Eisenbahner-Kalender, das Jahrbuch für das Eisenbahnerpersonal Oesterreichs, ist mit September bereits in unserem Verlag erschienen. In demselben ist alles enthalten, was jeder Eisenbahner zu wissen notwendig hat. Versäume daher niemand, dieses inhaltlich nützliche und äußerlich prächtige Buch sofort bei unseren bekannten Ortsgruppenkolporteurs zu bestellen.

Preis samt einer Unfallversicherung auf 200 Kr. nur Kr. 1-20.

Näheres umseitiges Inserat.

Mödling. Am 30. September l. J. fand in Deisenhofers Restaurant „zum goldenen Lamm“ eine sehr gut besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung der Südbahnbediensteten statt. Nach der Wahl des Präsidiums, in welches die Herren Langer, Hieß und Waas berufen worden sind, ergriff Genosse Dussek aus Wien das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Sanierungsverhandlungen der Südbahn und Forderungen des Personals“, indem er in sachlicher und eingehender Weise die Finanzwirtschaft bei der Südbahn beleuchtete und der Meinung Ausdruck gab, daß bei der Sanierung der Südbahn die ebenfalls unerfüllt gebliebenen Forderungen und Wünsche des Südbahnpersonals Berücksichtigung finden müssen. Der Redner appellierte an die Versammelten, einig an dem Ausbau der Organisation des Personals mitzuwirken, da nur ein geschlossenes Personal sich Gehör und Respekt verschaffen kann.

Revident Herr Fockl, der sodann zum Worte kam, gab einen interessanten Bericht von der in Marburg stattgefundenen und vom Reichsbund des deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines einberufenen Versammlung zum besten und polemisierte gegen das vom letztgenannten Verein herausgegebene Flugblatt; dieser Redner appellierte ebenfalls an die Einigkeit des Personals.

Herr Schonegger berichtete über den Verlauf der Deputation, welche die in den „3 Engel“-Sälen beschlossene Resolution überbrachte.

Genosse Dussek, der nochmals zu Worte kam, wies auf die verräterische Haltung der Deutschnationalen in allen bisher im Parlament zur Behandlung gekommenen Fragen und betonte zum Schluß, man soll mit der Devise: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ aufräumen und sich an den Wahlspruch: „Vereint marschieren, vereint schlagen“ halten.

Nachdem noch Herr Mlisch, Genosse Hieß und andere gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die am 30. September in Deisenhofers Restauration »zum goldenen Lamm« versammelten Bediensteten aller Kategorien der Südbahn erklären sich mit den am 18. September in den „3 Engel“-Sälen in Wien gefassten Beschlüssen solidarisch und richten an das Personal der Südbahn den Appell, durch ähnliche Versammlungen den festen Willen des geeinigten Personals zum Ausdruck zu bringen, sich weder etwas von ihren erworbenen Rechten noch von ihren gerechten Forderungen abzugeben zu lassen.“

Mit einem Schlußwort schloß der Vorsitzende um 10 Uhr die Versammlung.

Triest. Am 13. September fand im Arbeiterheim eine massenhaft besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Genosse Dussek referierte in deutscher, Genosse Kopač in slowenischer Sprache über die bekannte Zusage des Eisenbahnministers, den Bediensteten im Laufe von drei Jahren 15 Millionen Kronen zur Aufbesserung ihrer Verhältnisse zu geben, und kritisierte in scharfen Worten die Haltung der bürgerlichen Parteien, welche den Antrag Tomšič zu Fall brachten. Die Anwesenden hörten mit Aufmerksamkeit die Ausführungen der beiden Redner an und gaben durch laute Zwischenrufe ihrer Entrüstung über den Verrat der nationalen Parteien Ausdruck.

Lainbach. Am 16. September fand in dem geräumigen Gartenhof des Narodni Dom eine zahlreich besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in welcher die Genossen Dussek und Kopač über das Thema: „Die 15 Millionen und die bürgerlichen Parteien“ unter gespanntester Aufmerksamkeit der Anwesenden referierten. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Petrič wurde die Versammlung geschlossen.

Triest. (Ein Eisenbahner tag.) Am 14. September l. J. früh herrschte in der Via Madonna; wo sich das Heim der Triester Arbeiter befindet, ein reges Leben; von allen Seiten strömten Arbeiter im Festkleide, Eisenbahner in Uniform und Zivil dem Arbeiterheim zu, wo ein schönes Fest der Verbrüderung, der Solidarität gefeiert werden sollte. Die vereinigten Ortsgruppen der Triestiner Eisenbahner haben, um ihrer Einmütigkeit und Solidarität Ausdruck zu verleihen, ein Banner gestiftet, das bei feierlichen und wichtigen Anlässen den organisierten Eisenbahnern vorangetragen werden soll. Am 10 Uhr vormittags versammelten sich die Korporationen mit ihren Fahnen im großen Saal des Arbeiterheims sowie die Gäste, welche den großen Raum vollständig füllten. Als das neue Banner in den Saal getragen wurde, erscholl ein begeisterter, stürmischer Beifall. Das Banner ist in roter Seide und wunderbarer Goldstickerei ausgeführt; die eine Seite trägt ein in Gold gesticktes geflügeltes Rad und oberhalb dieses in Seidenstickerei das Zeichen der Solidarität, zwei um einen Hammer geschlungene Hände. Die andere Seite trägt in Goldstickerei in deutscher, slowenischer und italienischer Sprache die Aufschrift: „Die organisierten Eisenbahner Triest.“ An der Feier nahmen teil: Die Jugendlichen mit Fahne, die Metallarbeiter, die Zimmerer, die Maurer mit ihren Fahnen und andere Organisationen; ferner Abgeordneter Genosse Pittoni, Genosse Dussek als Vertreter der Zentrale, Genosse Chiussi für den Metallarbeiterverband, Genosse Kopač und andere mehr.

Nachdem Genosse Skobl mit einer kurzen Ansprache die Feier eröffnet hatte, bestieg Genosse Kopač die Tribüne, um in begeisterten Worten den Tag zu feiern, an welchem nach hartem zwanzigjährigen Kampfe die Eisenbahner Triests dieses sichtbare Zeichen ihrer Solidarität aufgespant haben. Dussek forderte die Anwesenden in flammenden Worten auf, treu zu der Organisation zu halten und dieses Banner in schönen sowie in schweren Tagen hochzuhalten und voranzutragen nicht nur zu Festen, sondern auch zu neuen Kämpfen. Es sprachen noch die Genossen Petajan, Chiussi, die Genossin Gornik und ferner die einzelnen Delegierten der dem Sekretariat Triest angeschlossenen Ortsgruppen und Abgeordneter Genosse Pittoni. Satten schon die Reden der Vorgenannten Beifall ausgelöst, so rief die von Begeisterung getragene Rede des Genossen Pittoni einen wahren Beifallssturm hervor.

Somit war die Feier der Bannerenthüllung zu Ende und die Anwesenden formierten sich zu einem Umzug durch die Stadt. Der Herr Polizeipräsident von Triest hat sich das Vergnügen, den Umzug zu verbieten, nicht versagen können; über Intervention der Genossen Pittoni und Kopač bei der Statthalterei aber wurde er dennoch mit der Abänderung bewilligt, daß der Zug nicht über den Korso, sondern über eine andere Route ziehen dürfe.

Unter Vorantritt der Musikkapelle der Jugendlichen bewegte sich der Zug, an deren Spitze die neu enthaltene Fahne getragen wurde, durch die Hauptstraßen der Stadt zurück zum Arbeiterheim. Trotz der ungnädigen Witterung — es regnete zuweilen in Strömen — nahmen an dem Zuge mehr als 5000 Menschen, darunter viele Frauen teil; auch die Bevölkerung nahm an dem Fest dadurch teil, daß sie in den von Proletariern bewohnten Häusern rote Fahnen flattern ließ.

Das schöne Fest der Solidarität wurde nachmittags durch ein Fest der Freundschaft beschlossen; die Genossen von Triest und Umgebung feierten das 25jährige Jubiläum der Parteiangehörigkeit des Genossen Kopač, welchem sie in Anerkennung seiner Verdienste um die sozialdemokratische Partei im allgemeinen und um die Eisenbahner im besonderen einen schönen Siegerring verehrten. Die Zentrale delegierte aus diesem Anlaß Genossen Dussek, welcher nach einer erregenden Ansprache Genossen Kopač die seitens der Zentrale gespendeten 200 Kr. übergab. In vollster Harmonie und schönster Eintracht vergnügten sich die Genossen bis in die späten Nachtstunden.

Wien, Afergrund. (Sektion Zugbegleiter.) Am 16. September fand im Vereinslokal eine stark besuchte Zugbegleiterversammlung statt, welche sich mit Turnusangelegenheiten und der Einführung eines Delegiertenfonds eingehend befaßte. Genosse Schöber besprach in klarer Weise jene Punkte (zweijährige Automatik für die Diener, die sechs-jährige Bremserversteigerung sowie die kräftigen Vorläufige bei den diesjährigen Qualifikationen), welche bei der Reichskonferenz zur Sprache gebracht werden müssen.

Außerdem brachte Genosse Schöber die neuen Anträge für die Personalkommission vor.

Die Genossen Turnusvertrauensmänner Gillel, Krause und Heger besprachen die Turnusangelegenheiten. Kollege Adolf Kötsch brachte beachtenswerte Anregungen betreffend Einteilung des Turnusses vor, welche von den Anwesenden akzeptiert wurden.

Genosse Jannerhuber besprach die Einführung des Delegiertenfonds, Nutzen und Zweck desselben. Die Versammelten beantragten 10 Kr. per Monat, und zwar 4 Kr. für den Delegiertenfonds und 6 Kr. für den Unterstützungsfonds.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem sich niemand mehr zum Wort meldete und die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende, Genosse Jannerhuber, die schön und sachlich verlaufene Versammlung.

Verschieberversammlungen.

In der Zeit vom 6. bis 14. September unternahm Genosse Kneidinger eine Agitationstour und fand in folgenden Orten gut besuchte Versammlungen statt: Lins, Salzburg, Bischofshofen, Wregenz, Leoben, Sclzthal, Amstetten und St. Valentin. Genosse Kneidinger besprach in leichtverständlicher Weise die Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit sowie die geplante Einführung des Prämiensystems für das Verschubpersonal.

Aus den Organisationen.

Sieflau. Bei der am 5. Oktober abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Peter Kraßberger, Obmann, Klement Stangl, Stellvertreter; Jakob Well, Kassier; Johann Löffl und Karl Wiesbauer, Subkassiere; Karl Lecherberger, Schriftführer, Karl Flach, Stellvertreter; Blasius Kainek und Mathias Bauer, Revisoren; Johann Füll, Bibliothekar, Johann Scherzer, Stellvertreter. Alle Zuschriften sind an Peter Kraßberger, Platzmeister in Sieflau, zu adressieren.

Klagenfurt. (Adressenänderung) Der Hauptkassier der Ortsgruppe Genosse Franz Gaderer wohnt Viktringergürtel Nr. 4, 2. Stock, Tür 19.

Pragerhof. Am 5. Oktober feierte die Ortsgruppe Pragerhof das Fest ihres zehnjährigen Bestandes. Als Festredner war Genosse Kopač aus Triest gekommen. Die Ortsgruppenleitung spricht allen Organisationen und Teilnehmern, die erschienen waren, um die Festfeier würdig zu gestalten, den besten Dank aus.

Triest IV, Freisafen. Bei der am 6. Oktober abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Ignaz Gattol, Obmann, Bernhard Perenic, Stellvertreter; Josef Weingerl, Schriftführer, Georg Miklavčič, Stellvertreter; Simon Struch, Kassier, Johann Sedmat, Stellvertreter; Georg Uršič, Bibliothekar, Rudolf Sejan, Stellvertreter; Friedrich Schwaglb und Josef Cepin, Ausschußmitglieder; Josef Kristof und Anton Fül, Kontrolloren. Alle Zuschriften an die Zahlstelle IV sind an die Adresse Ignaz Gattol, Triest, Grotta Serbatolo Nr. 123, zu adressieren.

Pilsen. Infolge Ueberfiedlung des Genossen Heinrich Teuchner wurde die Funktion des Kassiers dem Genossen Jaroslav Kolč, wohnhaft in Pilsen, Rubešova ulice 29, übergeben. Die Vertrauensmänner werden ersucht, in Kasangelegenheiten der Ortsgruppe sich nur an Genossen Kolč zu wenden. Die Monatsbeiträge werden wie bisher in der Kasse der Eisenbahnerhäuser oder direkt bei Genossen Kolč entgegengenommen. Bei Einzahlungen sind stets die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Kriegenburg. Es wird den Genossen mitgeteilt, daß das Vereinslokal in Herrn Schirnböck's Gasthaus in Wörtern, Hauptstraße, sich befindet. Dasselbst finden jeden Dritten des Monats die Vereinsabende statt. Die Genossen werden ersucht, mit den Mitgliedsbüchern bei den Einzahlungen zu erscheinen. Das Vereinslokal für Kriegenburg befindet sich in Herrn Franz Savails Restauration in Kriegenburg. Dasselbst finden jeden Fünftens des Monats die Einzahlungen statt. Mitgliedsbeiträge übernehmen für Wörtern Hauptkassier Genosse Karl Hauschka, für Kriegenburg Subkassier Genosse Karl Lissa und für Tulln Subkassier Genosse Johann Streubelberger. Die Genossen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, selbe ebemöglichst zu begleichen.

St. Valentin. Bei der am 4. Oktober abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt: Josef Glabitz, Obmann, Ferdinand Perfinger, Stellvertreter; Alkan Scheiblechner, Kassier, Johann Prom, Stellvertreter; Johann Weinberger, Schriftführer, Franz Haslinger, Stellvertreter; Joachim Haslinger, Bibliothekar, Leopold Schott, Stellvertreter; Karl Schuh und Franz Höhl, Kontrolloren; Johann Haslmeier, Johann Schrof und Ludwig Gradauer, Ausschußmitglieder.

Teplitz. An Stelle des ausgetretenen Zahlstellenleiters Schmiedt wurde einstweilen Genosse Wilhelm Ruff, wohnhaft in Weißkirchli Nr. 273, mit der Leitung der Ortsgruppe bis zur nächsten Generalversammlung betraut.

Wien IX, Afergrund. Die Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß die Ortsgruppenbibliothek der Zentralbibliothek des IX. Bezirkes einverleibt wurde; ferner daß die Ortsgruppe dem Unterrichtsausschuß angehört. Alle Mitglieder unserer Ortsgruppe sowie deren Angehörigen sind daher berechtigt, die über 2000 Bände umfassende Zentralbibliothek des IX. Bezirkes, Bimbergasse 2 — Wücherausgabe jeden Montag, Mittwoch, Donnerstags und Samstags — und auch die sozialdemokratischen Zentralbibliotheken aller Wiener Bezirke gegen Vorweis des Mitgliedsbuches kostenlos zu benutzen; ebenso alle von Unterrichtsorganisationen in Wien in welchem Bezirk immer veranstalteten Vorträge, Kurse und Unterricht zu besuchen. Es werden alle Mitglieder ersucht, von diesen Gelegenheiten Gebrauch zu machen, um sich Wissen und Bildung anzueignen.

Lins. Der Ortsgruppenausschuß, die Vertrauensmänner als auch die am 11. Oktober stattgefundenen Vereinsversammlung haben beschlossen, ab 1. Jänner 1914 nur mehr solche Personen als Mitglieder aufzunehmen, welche erklären, daß sie gleichzeitig Mitglieder der Hinterbliebenenunterstützungskasse sein wollen. Die Mitglieder und Subkassiere wollen dies zur Kenntnis nehmen.

Obertraun. Die Monatsversammlungen werden in den Wintermonaten jeden ersten Samstag im Monat um 1/8 Uhr abends im Vereinslokal abgehalten. Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen stets pünktlich und zahlreicher wie bisher zu besuchen.

Wolkersdorf. Infolge Verletzung unseres Obmannes sind alle Zuschriften an Genossen Franz Weigl, Bahnwärter Nr. 23 in Gauendorf, Post Schleimbach, Niederösterreich, zu adressieren.

Neulengbach. Die Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß die Bibliothek bereits eröffnet wurde. Die Bücherausgabe findet jeden ersten und dritten Samstag im Monat in der Zeit von 1/7 bis 8 Uhr abends bei Genossen Rudolf Haberl, Blocksignaldienner, Ebersberg Nr. 15, Station Neulengbach, statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Bibliotheksbücher fleißig und aufmerksam zu lesen und dieselben zur bestimmten Zeit in gutem Zustand zu retournieren.

Verschiedenes.

Lied vom Schuft.

Ein armer Teufel ist der Schuft,
Er weiß, es kennt ihn jedes Kind,
Er wandelt wie ein Träumender,
Wo unverdorbn' Menschen sind.

Ein dummer Teufel ist der Schuft,
Weil er doch der Geppelke ist,
Wenn ihn die Welt, die er betrog,
Mit großen, klaren Augen mißt.

Er geht einher im Silberhaar
Und feint schon in des Anabens Bild,
Er kriecht umher in dunkler Not
Und spiegelt sich in Glas und Bild.

Bald sitzt er auf dem Königsstern
Und heißt von Gottes Gnaden Schuft,
Bald steckt er und vermodert er
In eines Bettlers Hundegruf.

Doch immer müht und plagt er sich
Und tut, als wär' er sehr geschäftig;
Wenn man an ihm vorübergeht,
So pfeift er aus Verlegenheit.

Laßt pfeifen sie und nagen nur,
Die Ratten im dunklen Erdenhaus,
Es tagt dereinst ihr Wandertag,
Dann schweigen sie und sterben aus.

Gottfried Keller.

Literatur.

„Der Kampf.“ Sozialdemokratische Monatschrift. Heft 1 des 7. Jahrganges ist soeben erschienen. Da bietet sich die beste Gelegenheit für jeden Genossen, Abonnent des „Kampf“ zu werden. Die Nummer hat folgenden Inhalt: Heinrich Beer: Der siebente Gewerkschaftskongreß. Viktor Adler: Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels. Oda Alberg: Oesterreich in italienischer Beleuchtung. Hermann Diamond: Der § 14 und seine Anwendung. Siegfried Schab: § 14, Obstruktion und Sozialdemokratie. Jakob Piffner: Die Gefahr des § 14. Otto Lang: Der Grundgedanke der Individualisierung im österreichischen Strafgesetzbuch. Wilhelm Ellenbogen: Geschworenengerichte und Parteiprogramm. Jakob Grob: Die sozialhygienischen Zustände im mährisch-schlesischen Steinkohlenrevier. D. J. Bach: Der Arbeiter und die Kunst.

Der Abonnementspreis beträgt per Vierteljahr Kr. 1.50, Einzelheft 50 Kr. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

„Die Gemeinde.“ Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik. Wien V/1, Rechte Wienzeile 97. Das siebente Heft ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Adelheid Popo: Frau und Gemeinde. Julius Deutsch: Kommunale Jugendfürsorge. Rudolf Wajsenhorn: Die Geschichte einer Wasserleitung. — Rundschau: Gemeindefreie, Gemeindebetriebe, Gesundheitspflege, Nahrungsmittelversorgung, Armenpflege, Arbeiterpolitik, Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Chronik. Briefkasten. — Bezugspreis ganzjährig 3 Kr., halbjährig Kr. 1.60.

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: **Hauptzollamt.** Der Vereinsabend mit Vortrag findet Montag den 3. November um 7 Uhr abends im Vereinslokal, III, Dianagasse 7, statt.

Himberg. Am 26. Oktober um 3 Uhr nachmittags in Steinbergers Gasthaus in Gramatneufeld.

Oberleutensdorf. Am 2. November um 1/3 Uhr nachmittags im Vereinslokal.

Wlanks. Am 2. November um 9 Uhr vormittags im Gasthaus Neccas Generalversammlung.

Schwarzenau. Am 9. November um 2 Uhr nachmittags Oberbauarbeiterversammlung.

Sprechsaal.

Achtung, Oberbauarbeiter der Strecken Floridsdorf, Lundenburg und Marchegg!

Am Donnerstag den 23. Oktober 1913 um 7 Uhr abends findet in Gänserndorf, Kratochwillas Gasthaus, eine Oberbauarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: „Die Forderungen der Oberbauarbeiter.“ Referat in deutscher und in tschechischer Sprache. Referent: Genosse Franz Dussek.

Magazinsdiener und Ladefcheinschreiber aller in Wien einmündenden Bahnen, Achtung!

Einladung zu der am Sonntag den 2. November 1913 um 3 Uhr nachmittags in Wien, X, Arbeiterheim, Vagenburgerstraße 8/10, Souterrainsaal, stattfindenden Versammlung der Magazinsdiener aller in Wien einmündenden Bahnen.

Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Magazinsdiener und Ladefcheinschreiber und Stellungnahme hierzu. 2. Eventuelles.

Werte Genossen und Kollegen! Wir ersuchen euch, zu dieser wichtigen Versammlung, die nur im Interesse der Magazinsdiener und Ladefcheinschreiber einberufen wurde,

bestimmt und vollständig zu erscheinen. Diese Versammlung soll die Fortsetzung einer Reihe von Aktionen sein...

Die Vertrauensmänner der Magazinsdiener und Ladeseinschreiber.

Lampisten aller in Wien einmündenden Bahnen, Achtung!

Einladung zu der am Montag den 27. Oktober 1913 um 1/8 Uhr abends in Wien, X. Arbeiterheim...

Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Lampisten und Stellungnahme hierzu. 2. Eventuelles.

Werte Genossen und Kollegen! Wir ersuchen euch, zu dieser wichtigen Versammlung, die nur im Interesse der Lampisten einberufen wurde...

Die Vertrauensmänner der Lampisten der Südbahn als Einberufer.

Weichensteller und Bahnwärter aller in Wien einmündenden Bahnen, Achtung!

Am 6. November um 1/8 Uhr abends findet in der Restauration „zum weißen Hohl“ in Wien, XIV, Mariahilferstraße 176, eine öffentliche Versammlung...

Tagesordnung: 1. Die geplanten Verschlechterungen der Dienstzeit. 2. Die Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit.

Massenhaftes Erscheinen notwendig!

Adressenänderung.

Das Personalkommissionsmitglied Josef Kreuzer wohnt: Trieste, Via Edmondo de Amisio 19.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Prag.

Eine löbliche k. k. Staatsbahndirektion in Prag wird um gütige Aufklärung gebeten, ob der Bahnarzt Herr Doktor Walter Kolmer in Komotau an Sonn- und Feiertagen seiner Pflicht als Bahnarzt entzogen ist...

Das Personal in Komotau.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Triest.

Die Zugbegleiter erlauben sich die höfliche Anfrage, wann die freiverwendenden Zugführerposten für Görz, I. L. Staatsbahn, Triest, I. L. Staatsbahn, und I. L. Betriebsleitung Parenzo sowie die Manipulationsfondsteuerposten in Triest, I. L. Staatsbahn, definitiv besetzt werden...

Parteigenossen! Bestellt euch jeder für eure Familie ein Paket feinstreifer Messe, enthaltend: Prima Kanovas für Bettüberzüge, starken Hemdenstoff, Besir für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen- und Kleiderstoffe...

Bei alten, schmerzhaften Fußleiden (offenen Füßen, eiternden Wunden etc.) hat sich das Seltene Universal-Heilmittel, bestehend aus Salbe, Gaze, Blutreinigungstee...

DRUCK- U. VERLAGS- ANSTALT VORWÄRTS Wien V, Rechte Wienzeile 97 liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung...

Wilhelm Beck & Söhne k. u. k. Hoflieferanten Wien VI, Hirschengasse 25 Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungsarten...

Billige Bettfedern und Daunenn. 1 Kilo graue geschlossene K 20, bessere K 240, halbweiße prima K 280, weiße K 400, prima dannenweiße K 600...

Kundmachung. Es wird hiemit bekanntgemacht, daß das Lebensmittelmagazin für Bedienstete der k. k. Österreichischen Staatsbahnen, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung...

Billige Bettfedern! 1 kg graue, ante. geschlossene 2 K, bessere 2 K 40, prima halbweiße 2 K 60, weiße 4 K, weiche, dannenweiße 5 K 10...

Inserate Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung...

Nur kurze Zeit mit Wasser gekocht, ergeben MAGGI'S Suppen In Päckchen schmackhafte und kräftige Suppen. Gegen 20 Sorten, wie: Erbs mit Speck, Schwammerl, Nudel etc.

SPARET GELD! VERWENDET IN DER KÜCHE AN STELLE VON BUTTER DEN UM DIE HALBTE BILLIGEREN, EINZIGEN BUTTERERSATZ Blaischeins M UNIKUM- MARGARINE VEREINIGTE MARGARINE- und BUTTER- FABRIKEN, WIEN XIV.

Bettfedern Fertige gefüllte Betten 5 Rilo: neue geschlossene K 900 bessere K 1200, weiße dannenweiße geschlossene K 1800, K 2100, halbweiße dannenweiße geschlossene K 2400, K 2800...

Ochsena-Suppenwürfel à 3 H. würzen und kräftigen alle Bouillons, Suppen, Saucen, Gulasch u. s. w. 1 Würfel per Teller genügt zur Herstellung einer wirklich leinschmeckenden, nahrhaften Rindsuppe...

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen! Nur wir liefern ohne Anzahlung 5 Tage zur Probe und ohne Emballage-Berechnung Sie brauchen kein Geld dazu Wir senden denselben kostenlos...

